



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

# INTERNATIONALE BRENNPUNKTE

POLITISCHE KURZBERICHTE ZUR AKTUELLEN LAGE  
IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN



**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**  
**Internationale Zusammenarbeit**

## INTERNATIONALE BRENNPUNKTE

POLITISCHE KURZBERICHTE ZUR AKTUELLEN LAGE  
IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN

REDAKTION:

Nino Galetti  
Koordinator Medienprogramme  
Stabsstelle Grundsatzfragen  
Tel.: 0 30-2 69 96 34 66  
E-Mail: [nino.galetti@kas.de](mailto:nino.galetti@kas.de)

Postanschrift:  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin

*© 2007 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin*

*Alle Rechte vorbehalten.*

*Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung der  
Konrad-Adenauer-Stiftung.*

*Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln.*

*Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik  
Deutschland.*

## INHALT

### 5 | EUROPA

- 7 | FRANKREICH  
*Entwickelt Sarkozy den „Starkozysmus“?*
- 10 | GROSSBRITANNIEN  
*Die Neuwahldebatte in und die Diskussionen über Europa*
- 12 | POLEN  
*Die konservativ-populistische Koalition ist am Ende und flüchtet sich in deutschlandkritische Rhetorik*
- 14 | KOSOVO  
*Die Statusfrage des Kosovo führt in Serbien zu politischem Stillstand*
- 16 | RUSSLAND  
*Legislaturperiode der Staatsduma geht zu Ende: ein Rückblick*

### 19 | ASIEN

- 21 | KASACHSTAN  
*Als Wahlbeobachterin bei den Parlamentswahlen 2007*
- 23 | KOREA  
*Zweites koreanisches Gipfeltreffen: Was ist zu erwarten?*
- 27 | OST-TIMOR  
*Ist die geschwächte Opposition stärker als die neue Regierung?*
- 29 | INDIEN UND PAKISTAN  
*Nach sechzig Jahren Unabhängigkeit stehen sich im Friedensprozess zwei ungleiche Nachbarstaaten gegenüber*

### 33 | NAHOST

- 35 | TÜRKEI  
*AKP als klarer Sieger der Verfassungskrise vom Sommer 2007*
- 37 | ISRAEL  
*Im Vorfeld einer neuen Nahost-Initiative*
- 40 | PALÄSTINENSISCHE AUTONOMIEGEBIETE  
*Die aktuelle politische Situation in Stichworten*

### 43 | AFRIKA

- 45 | SÜDAFRIKA  
*Die Ära von Präsident Thabo Mbeki geht zu Ende*
- 48 | SIMBABWE  
*Eine Demokratie wie jede andere?*
- 50 | ELFENBEINKÜSTE  
*Hoffnung auf Präsidentschaftswahlen im Laufe des Jahres 2008*
- 52 | TOGO  
*Nach vierzig Jahren Diktatur kommt die Chance zum demokratischen Aufbruch*

**55 | LATEINAMERIKA**

- 57 | MEXIKO  
*Kampf gegen die organisierte Kriminalität – Priorität und Dauerbrenner in Mexiko*
- 60 | KOLUMBIEN  
*Verhandeln ohne Frieden: Präsident Uribe kämpft um den Erfolg seiner Amtszeit*
- 63 | VENEZUELA  
*Präsident Chávez gibt seinem Land eine neue Verfassung*

EUROPA

# FRANKREICH

## ENTWICKELT SARKOZY DEN „STARKOZYSMUS“?

Am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag wird normalerweise auch die politische Sommerpause in Frankreich eingeläutet – nicht so unter dem neuen Staatspräsidenten. Nicolas Sarkozy hatte im Juli eine einmonatige Sondersitzung des französischen Parlaments anberaunt, um Anfang August bereits vier zentrale Reform-Maßnahmen seines im Wahlkampf angekündigten ambitionierten Reformprogramms im Eiltempo vom Parlament verabschieden zu können:

1. *Das Finanz- und Steuerpaket*, dessen Schwerpunkt auf der Aufwertung von Überstunden liegt: Ab dem 1. Oktober wird die Bezahlung der Überstunden um 25 Prozent erhöht (vorausgesetzt sie überschreiten nicht die 218 Arbeitstage und das Gehalt eines Teilzeitbeschäftigten). Hinzu kommt die Einführung des „loi TEPA“, des Gesetzes für „Arbeit, Beschäftigung und Kaufkraft“ (*projet de loi en faveur du travail, de l'emploi et du pouvoir d'achat*) mit folgenden Komponenten: Steuerbefreiung für Studenten (bis zum 26. Lebensjahr bei einem jährlichen Höchst-einkommen des dreifachen Mindestlohnsatzes); Steuererleichterungen für die größten Steuerzahler (die direkten Steuern sind auf bis zu 50 Prozent des Einkommens begrenzt – 2006 lag der Satz bei 60 Prozent); Haushalte, die ihren Hauptwohnsitz kaufen, erhalten eine Steuervergünstigung; die Erbschaftssteuer für den Lebenspartner wird aufgehoben.
2. *Verschärfung des Strafrechts für Wiederholungstäter und jugendliche Straffällige*: Die Gesetzesreform sieht die Einführung von Mindest-Gefängnisstrafen (gestaffelt nach Härte des Vergehens und Rückfallquote) vor. Die Fälle von Minderjährigen werden weiterhin vor gesonderten Gerichten verhandelt – diese können jedoch bei Wiederholungstätern, die älter als 16 Jahre sind, von einer Strafmilderung absehen. Eine Therapiepflicht für Sexualstraftäter soll eingeführt und Strafmilderung wie z.B. offener Vollzug eingegrenzt werden.
3. *Die begrenzte Universitätsreform zur Förderung der Autonomie an Universitäten* beinhaltet die Erweiterung der Kompetenzen der Hochschule vor allem in den Bereichen Haushalt und Personalführung (z.B. Mittelzuschuss für junge Forschungsbeauftragte). Die Übergangsfrist bis zur Eigenständigkeit wurde auf fünf Jahre festgelegt. Die Möglichkeit des Transfers des Gebäudeeigentums an die Hochschule und der Gründung von eigenständigen Stiftungen (Sponsoren zur Finanzierung von Projekten) wird geschaffen. Statistiken der Erfolgsquote der Hochschulabsolventen und der Examensresultate sollen offengelegt werden. Das Gesetz schließt allerdings aus, dass die Universitäten Studiengebühren festlegen und die Einführung von Aufnahmeprüfungen bleibt aufgrund des Protests der Gewerkschaften vorerst eingeschränkt.
4. *Rahmengesetz für die obligatorische Einführung eines Mindestservice bei Streiks in öffentlichen Verkehrsbetrieben*: Die öffentlichen Verkehrsbetriebe müssen bis zum 1. Januar 2008 ein Rahmenabkommen zur Vermeidung von Konflikten vorlegen. Bus- und Metrofahrer sowie Eisenbahnfahrer müssen sich 48 Stunden, bevor sie in einen Arbeitskampf treten, beim Chef als Streikende deklarieren. Bei Nichtmeldung drohen Disziplinarverfahren. Acht Tage nach Streikbeginn kann der Arbeitgeber eine anonyme Abstimmung über den Arbeitskampf verlangen. Der Umfang der Einführung eines Minimal-service ist allerdings noch recht beschränkt. Auf eine Einführung dieser Maßnahme im Bereich der Post und der Schulen wurde zunächst verzichtet.

Nach dieser ersten Reformrunde steht im September eine neue Sondersitzung der Nationalversammlung zur Umsetzung weiterer Reformvorhaben an. Auf der ersten Ministerratssitzung nach der Sommerpause am 24. August wurden die Prioritäten festgelegt: Der Mindestservice bei Streik, der Personalabbau im öffentlichen Dienst (keine Neubesetzung von einer von drei

Beamtenstellen), die Weiterführung des Gesetzes zur Autonomie der Universitäten, das neue Einwanderungsgesetz, insbesondere der Regelung des Familiennachzugs u. a.

Der 14. Juli bot in diesem Jahr in mehrfacher Hinsicht einen Traditionsbruch. An der Militärparade zum Nationalfeiertag auf den Champs Elysées nahmen erstmals Truppen aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten teil. Darüber hinaus verzichtete der Staatspräsident auf das übliche TV-Interview. Vielmehr hielt Sarkozy zwei Tage zuvor in Epinal eine viel beachtete *Grundsatzrede zur Verfassungsreform*. Dabei stellte er die Modernisierung der Institutionen der V. Republik in den Vordergrund. Die Rolle des Präsidenten sei zentral, ein Präsident solle regieren können und nicht traditionsgemäß die Rolle eines „Schiedsrichters“ innehaben. Gleichzeitig trat er dafür ein, die Anzahl der Präsidentschaftsmandate auf zwei zu begrenzen. Die Rolle des Parlamentes sollte in der Zukunft gestärkt werden und der Präsident mindestens einmal im Jahr vor dem Parlament Bericht erstatten. In diesem Zusammenhang wurde ein Expertengremium, ein „Komitee zur Erneuerung der Institutionen“ unter Vorsitz von Edouard Balladur gegründet, das bis zum 1. November Reformvorschläge erarbeiten soll.

Doch nicht nur innenpolitisch, auch *außenpolitisch* legt der Präsident ein nie dagewesenes Tempo vor. „Hyperpräsident“ Sarkozy, wie ihn die französischen Medien nennen, ist seit seinem Amtsantritt national wie international omnipräsent – oftmals zum diplomatischen Verdruss der politischen Partner.

Sein Auftritt beim *Treffen der Finanzminister der Euro-Staaten* Anfang Juli, zu dem er sich selbst eingeladen hatte, sorgte für einiges Unbehagen in der Euro-Gruppe. Seine Präsenz – gleichermaßen eine Politisierung dieses Gremiums – sei nicht als übliche Rangelei um die Finanzpolitik und den Stabilitäts- und Wachstumspakt abzutun, sondern vielmehr Element einer Strategie, Frankreichs Machtanspruch in Brüssel weiter zu stärken – so die kritischen Stimmen.

Der medienwirksame Alleingang Sarkozys (ungeachtet der Rolle seiner Ehefrau) zur *Befreiung der in Libyen inhaftierten bulgarischen Krankenschwestern* ohne vorherige Absprache mit Brüssel und den EU-Partnern – verbunden mit einem Abkommen über nukleare Zusammenarbeit zwischen Libyen und Frankreich und einem Waffengeschäft mit Libyen – haben eine umfassende internationale (Medien)kritik ausgelöst. Abgesehen von diplomatischen Verwirrungen, die mit dem französischen Alleingang ausgelöst wurden, werfen ihm Kritiker Profilierungssucht auf Kosten anderer, die solche diplomatische Erfolge vorbereitet haben, vor.

Auch seine Sommerferien nutzte der französische Präsident, um medienwirksam politische Weichenstellungen zu setzen. Sein Aufenthalt in Neuengland demonstriert die *Annäherung der neuen französischen Führung an die USA* und an Präsident Bush. Bekräftigt wird dieser außenpolitische Wandel durch den Besuch des französischen Außenministers Kouchner in Bagdad, womit eine *Änderung in der französischen Irak-Politik* einhergeht. Es ist die erste Reise eines hohen französischen Regierungsvertreters in den Irak nach dem Einmarsch der US-Truppen im März 2003.

Der offene Brief vom 15. August, in dem Nicolas Sarkozy die Bundeskanzlerin und G-8-Präsidentin angesichts der *Krise an den Finanzmärkten* auffordert, dass die Finanzminister der sieben führenden Industriestaaten bei ihrer Tagung im Oktober die Finanzkrise auf die Tagesordnung setzen sollten (es ginge darum, die Transparenz an den Finanzmärkten zu erhöhen), ist nur ein weiteres Indiz, dass Frankreich nicht nur europapolitischen, sondern auch weltpolitischen Führungsanspruch erhebt. Dabei hatte die Bundeskanzlerin bereits in Heiligendamm deutlich gemacht, dass die Diskussion um mehr Transparenz auf den internationalen Finanzmärkten fortgesetzt werden muss.

Am 23. August war Nicolas Sarkozy *100 Tage im Amt* – noch zu früh, um eine Bilanz zu ziehen, aber sicherlich eine Etappe, um erste Schlussfolgerungen und einen Ausblick in die Zukunft zu wagen. Mit dem Amtsantritt von Präsident Sarkozy hat sich ein politischer Wandel in Frankreich vollzogen. Sarkozy fordert die Erneuerung der politischen Institutionen, doch mit der Person Sarkozy hat der tiefgreifende institutionelle Wandel bereits stattgefunden. Er selbst ist die Inkarnation des Neuen, der regierende und medial omnipräsente Hyperpräsident, der die Geschicke lenkt: Premierminister Fillon kommt lediglich eine ausführende Rolle zu: „Der Premierminister ist ein Mitarbeiter, der Chef bin ich. Ich werde dafür bezahlt, dass ich entscheide und ich entscheide“ (*„Le premier ministre est un collaborateur, le patron c'est moi“*, *„Je suis payé pour décider, je décide“*)<sup>1</sup> – damit definiert Sarkozy die Kompetenzbereiche klar und deutlich. Neologismen für eine neue monarchieartige Staatsform Frankreichs wie „Starkozysmus“, „Zarkozysmus“ kreisen durch die Medien.<sup>2</sup>

Durch die geschickte Einbindung von Sozialisten und Zentristen in die Regierung ist die Opposition in Frankreich vorübergehend in die Bedeutungslosigkeit versunken. Nach den neuesten Umfragen hat Sarkozy in seinem Reformaktivismus die Unterstützung von deutlich mehr als 60 Prozent der Bevölkerung, doch fraglich bleibt, wie lange dieser *„état de grâce“*, die Gnadenfrist anhalten wird. Seine Leistung wird zu-



künftig an den Wahlversprechen gemessen werden, die Arbeitslosigkeit zu senken sowie die Kaufkraft und das Wirtschaftswachstum zu steigern.

Die eigentliche Bewährungsprobe steht dem agilen französischen Staatspräsidenten noch bevor – die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften und den Lehrern, die Streiks und Demonstrationen für den Herbst angekündigt haben. Die geplante unpopuläre Erhöhung der Mehrwertsteuer aus sozialen Gründen, die Einführung von zusätzlichen Gebühren im Bereich der Gesundheitsvorsorge und die gerade erfolgte Preissteigerung im Bereich der Grundnahrungsmittel sowie der Stellenabbau im öffentlichen Dienst sind Gründe dafür. Aufgrund der schwächelnden Wirtschaft und der hohen Staatsverschuldung Frankreichs könnten die Steuervergünstigungen aus der ersten Reformrunde schnell zu einer neuen Belastungsprobe werden. Aufmerksame Beobachter prognostizieren einen „unruhigen Herbst“ in Frankreich.

*Paris, 25. August 2007*

*Dr. Beatrice Gorawantschy  
Leiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung in Frankreich*

1| Cf.: *Le Figaro*, 23. August 2007

2| Cf.: *Olivier Duhamel in Die Welt*, 4. August 2007

# GROSSBRITANNIEN

## DIE NEUWAHLDEBATTE IN UND DIE DISKUSSIONEN ÜBER EUROPA

Die Parteien in Großbritannien bereiten sich auf vorgezogene Neuwahlen vor. Sowohl bei Labour als auch bei den Tories werden die programmatischen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen, um gegebenenfalls noch im Herbst in eine Kampagne gehen zu können, die ansonsten spätestens 2010 anstehen würde.

Auslöser der Idee sind die zustimmenden Umfrage-Ergebnisse der ersten Wochen von Premierminister Gordon Brown. Nach sorgfältiger Vorbereitung ist ihm ein Start gelungen, der Labour nach mehr als einem Jahr Vorsprung von David Cameron und seinen teilerneuerten Konservativen in die Pole-Position zurückgebracht hat. Wer Blairs Niedergang, seinen Verlust an Ansehen und Glaubwürdigkeit, die Kritik an Inhalt und Stil seiner Amtsführung, beobachten konnte, musste von Brown ein Kontrastprogramm erwarten, das dieser auch pflichtgemäß geliefert hat. Dass die Tories derart aufgeregt und unprofessionell auf den Stimmungsumschwung reagiert und ihn zum Anlass einer gelegentlich hämischen und bösartigen Selbstkritik nahmen, trug zusätzlich zum Anfangserfolg von Brown bei.

Nun befindet sich der neue Premier in einer Zwickmühle, deren Auflösung nicht nur die Briten interessieren und betreffen wird. Wartet er mit den vorgezogenen Wahlen, werden mehr und mehr Menschen erkennen, dass die alten Probleme nicht über Nacht verschwunden sind. Von Irak bis zur Bildungspolitik, vom Gesundheitswesen bis zur Kriminalitätsentwicklung, vom Außenhandelsdefizit bis zur Desintegration der Gesellschaft – zu allen Themen gab es auch schon von Schatzkanzler Brown Lösungsvorschläge, Ankündigungen und Versprechungen, an die der Premier Brown erinnert werden wird, wenn sie im Alltag wieder aufscheinen. Lässt er aber schon im Spätherbst oder Frühjahr wählen, werden diese Themen noch ergänzt um Europa und die Ergebnisse der Regierungskonferenz, die bis dahin vorliegen sollen.

Die Entscheidung von Blair und Brown, anders als 2004 zum damaligen EU-Verfassungsvertragsentwurf über die neuerliche Vereinbarung nicht vom Volk entscheiden zu lassen, bringt Labour in zunehmende Schwierigkeiten.

Die Verweigerung eines Referendums ist schlecht begründet und wird es bleiben. Eine Öffentlichkeit, die ihre Meinung weitestgehend von einer europakritischen Presse erhält, ist weder emotional noch argumentativ auf *opt-out* Klauseln oder *red-lines* vorbereitet. Sie ist empfänglich für Stimmungsmache, wie den Vorwurf, mit dem Kompromiss von Brüssel sei der „schamlose Ausverkauf britischer Interessen an blutleere Bürokraten der EU“ beschlossen, er sei der „Nagel im Sarg unserer Demokratie“. Über all dies sei bei Neuwahlen abzustimmen, wenn Brown ihnen eine andere Möglichkeit verweigere.

Dass die Tories auf diese Karte setzen werden, wird man ihnen kaum verübeln können. Es entspricht ihrer Ideologie, steht in Übereinstimmung mit allen Forderungen der Vergangenheit und ist im Machtkampf mit Labour ein gut geschliffenes Schwert. Darüber hinaus ist Europa der Klebstoff, der die Modernisierer um David Cameron noch mit der Mehrheit der traditionellen konservativen Mitgliedschaft zusammenhält.

Aber auch bei Labour und den LibDems gibt es zunehmend mehr und kritische Fragen zur Verweigerung eines Referendums. Ist der neue Vertragsentwurf wirklich so anders, als der alte von 2004, wie es die Regierung nicht müde wird, zu behaupten, wenn doch von Ahern bis Zapatero alle die Brüsseler Ergebnisse preisen, weil „die wichtigsten Elemente des Verfassungsvertragsentwurfs gerettet“ oder gar „98 Prozent“ aus dem gescheiterten Text übernommen wurden? Schon kursieren Textvergleiche, die das belegen sollen. Ebenso verbreitet sind die Gutachten und Stellungnahmen, die die völlige oder partielle Unwirk-

samkeit der *red-lines* zum Gegenstand haben. Sie sollen bei denen Wirkung entfalten, die eine anspruchsvollere Begründung brauchen.

Gefährlich für Labour wird nun aber ausgerechnet die Debatte um die Grundrechte-Charta. War Blair noch stolz darauf, sie mit einer *opt-out* Regelung für Großbritannien erlegt zu haben, will die größte Gewerkschaft TUC (*Trades Union Congress*) nun auf ihrer Jahrestagung genau deshalb von Brown ein Referendum fordern: Es müsse darüber abgestimmt werden, ob dem britischen Arbeitnehmer das verweigert werden könne, was Europa gemeinschaftlich seinem kontinentalen Arbeitskollegen an Rechten gewähre.

Bei so viel Kritik mag keiner fehlen oder etwas Positives dagegenhalten. Die britische Arbeitgebervereinigung findet wettbewerbshemmende Elemente im Vertragsentwurf, David Blunkett fordert eine völlig neue EU, „keine, die auf den Visionen der 1950er Jahre beruht, sondern beschreibt, wie Europa im 21. Jahrhundert sein solle“. Dritte wenden ein, das „starre Europa“ sei keine Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. So entsteht erneut ein Stimmungsbild, wie es im April 2004 Tony Blair zu seinem historischen Satz hat verleiten lassen „*then let the people have the final say*“.

Auszuschließen ist eine solche, erneute Kehrtwende nicht. Sollte Brown sich dazu veranlasst sehen, kann man nur hoffen, dass er sie für eine umfassende Debatte des Verhältnisses von Großbritannien zu Europa nutzt. Dies war von Blair immer wieder angekündigt, aber nie realisiert worden. Für eine solche Debatte wird der Brüsseler Vertrag nicht ausreichen. Dies wird nur ein Referendum leisten können, bei dem es um die weitere Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der EU unter Akzeptanz des Brüsseler Kompromisses geht – oder ein Ausscheiden aus der EU. Die britischen Sonderwege werden ansonsten auch in Zukunft nicht nur die europäischen Partner, sondern auch die Handlungsfähigkeit der britischen Regierung selbst beeinträchtigen.

*London, 29. August 2007*

*Thomas Bernd Stehling  
Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Großbritannien*

## POLEN

### DIE KONSERVATIV-POPULISTISCHE KOALITION IST AM ENDE UND FLÜCHTET SICH IN DEUTSCHLANDKRITISCHE RHETORIK

In Polen wird es im Herbst zu vorgezogenen Wahlen kommen. Das kündigte Premierminister Jarosław Kaczyński am 10. August 2007 an. Als wahrscheinlichen Termin nannte er den 21. Oktober. Bereits am 7. September soll das Parlament über seine Selbstauflösung abstimmen. Sollte dies scheitern, wird die Regierung zurücktreten, um Präsident Lech Kaczyński die Einleitung von Neuwahlen zu ermöglichen.

Premier Kaczyński zog damit die Konsequenzen aus der seit dem 9. Juli schwelenden Regierungskrise, die er durch die Entlassung des Vizepremiers und Führers der sozialpopulistischen Bauernpartei „Selbstverteidigung“, Andrzej Lepper, wegen bis heute nicht belegter Korruptionsvorwürfe ausgelöst hatte. Seitdem ging es in der Regierung drunter und drüber. Die beiden kleineren Regierungspartner „Selbstverteidigung“ und „Liga der polnischen Familien“ sprachen von einem Koalitionsbruch des Premiers, zogen daraus jedoch keine Konsequenzen und beließen ihre Minister in der Regierung. Vergangene Woche wurde dann auch noch Innenminister Kaczmarek entlassen. Kaczmarek war erst seit Februar des Jahres im Amt als Nachfolger des so genannten dritten Zwillinges, Ludwig Dorn, der wegen Diskrepanzen mit dem Premier das Handtuch geworfen hatte. Kaczmarek wird verdächtigt, Lepper vor den gegen ihn laufenden geheimen Ermittlungen gewarnt zu haben. In einem offenen Brief beschuldigte der ehemalige Innenminister daraufhin Justizminister Ziobro, einen „Privatkrieg“ gegen ihn zu führen und verglich wegen der gegen ihn und seine Familie gerichteten Abhör- und Beobachtungsmaßnahmen das heutige Polen mit einem totalitären Staat. Dagegen gab der Justizminister öffentlich zu Protokoll, aus Angst um sein Leben habe er begonnen, Gespräche mit Koalitionspartnern wie Lepper geheim aufzuzeichnen. Die IV. Republik der Kaczyńskis, angetreten mit dem Anspruch einer moralischen Wende, treibt sehr eigenartige Blüten.

Die konservativ-populistische Koalition war Anfang Mai 2006 nach einem halben Jahr des Lavierens mit einer Minderheitsregierung gebildet worden. Im September letzten Jahres platzte das Bündnis schon einmal aus Anlass eines Sexskandals in Kreisen der Selbstverteidigung. Damals fand man kurz darauf jedoch wieder zusammen.

Jetzt sah Premier Kaczyński jedoch keine Möglichkeit mehr, wie er sagte, die Koalition mit den beiden populistischen Juniorpartnern „Selbstverteidigung“ und „Liga der polnischen Familien“ fortzusetzen oder zumindest eine Minderheitsregierung aufrechtzuerhalten. Bereits in den letzten Monaten hatte die Koalition durch Abgänge von Abgeordneten schon keine eigenständige Mehrheit mehr im Parlament.

Deshalb soll es nun zu Neuwahlen kommen. Laut Verfassung ist für die Parlamentsauflösung eine Zweidrittelmehrheit der 460 Abgeordneten notwendig. Um diese 307 Stimmen zu erhalten benötigt die PiS (*Prawo i Sprawiedliwość*, „Recht und Gerechtigkeit“), die 150 Abgeordnete hat, die Unterstützung der beiden größten Oppositionsparteien, der liberal konservativen „Bürgerplattform“ (*Platforma Obywatelska* – PO, 131 Abgeordnete) und des postkommunistischen „Bündnisses der demokratischen Linken“ (*Sojusz Lewicy Demokratycznej* – SLD, 55 Abgeordnete). Beide haben ihre Zustimmung bereits signalisiert. Wie sich die anderen Gruppierungen verhalten werden, die bei Neuwahlen um die Wiederkehr ins Parlament fürchten müssen, ist ungewiss. Eine tragfähige Mehrheit für eine andere Koalitionsregierung ist jedoch auch nicht in Sicht.

Nach dem Beschluss zur Verkürzung der Legislaturperiode bestimmt der Staatspräsident den Wahltermin, der innerhalb von 45 Tagen folgen muss. Zwei Drittel der Polen sind nach aktuellen Umfragen für die

Wahlen. Die erste Parlamentssitzung muss wiederum innerhalb von 15 Tagen nach der Wahl stattfinden. Daraufhin bestimmt der Staatspräsident den Vorsitzenden des Ministerrates, den Premierminister, der die Mitglieder der Regierung vorschlägt und sich dem Vertrauensvotum des Parlaments stellt. Somit wird Polen erst Anfang Dezember wieder eine funktionsfähige Regierung haben.

#### **DESTRUKTIVE POLITIKSTRATEGIE**

Nicht einmal zwei Wochen hatte es nach den harten Kämpfen um die polnischen Interessen beim EU-Gipfel in Brüssel Ende Juni gedauert, bis Premier Kaczyński erneut den Streit suchte: diesmal mit seinen innenpolitischen Partnern, deren politischer Leumund alles andere als gut ist. Welchen Plan der gewiefte Stratege Jarosław Kaczyński, der Politik – in der Nachfolge des deutschen Staatsrechtlers Carl Schmitt – als ständigen Kampf versteht, dabei verfolgte, welche Ränke in dem undurchsichtigen Geflecht der die Regierung tragenden Personen und Gruppen eine Rolle spielten, ist unklar. Wollte er einmal mehr seine Partner domestizieren und weich klopfen, um sie am Ende parteipolitisch absorbieren zu können? Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. In Reaktion auf die politische Drohung mit Neuwahlen, die den Verlust des parlamentarischen Status bringen könnten, schlossen sich die programmatisch ganz unterschiedlichen Populisten von Liga und Selbstverteidigung im Juli zu einer gemeinsamen Wahlformation „LiS“ zusammen. Sah sich Kaczyński tatsächlich gezwungen, gegen Lepper vorzugehen? Schlüssig belegen konnte er dies nicht.

Klar ist, dass politischen Frieden herzustellen, Frieden zu bewahren und zu gewährleisten nicht die Sache des älteren der beiden Kaczyński-Zwillinge ist. Klar ist auch, dass die nationalkonservativ soziale Blockbildung, die die Kaczyńskis nach den Wahlen 2005 betrieben, das Land in eine stabile Instabilität geführt hat. Eine innenpolitische Krise löst die andere ab. Minister kommen und gehen. Die Brücken zur größten Oppositionspartei, der PO, die im Wahlkampf vor zwei Jahren noch als natürlicher Koalitionspartner galt, sind schwer beschädigt, wenn nicht abgebrochen. In Polen verstärkten sich selbst bei konservativen Beobachtern die Zweifel, ob die auf andauernde Grabenkämpfe, auf Misstrauen und Verdächtigungen setzende destruktive Strategie des Premiers für eine konstruktive Politik, die auf Mehrheiten angewiesen ist, überhaupt taugt.

Als ob er selber für die Regierungskrise keinerlei Verantwortung trage, verlautete zuletzt der Premier selber, dass ein Andauern der jetzigen Situation die polnische Demokratie und den Parlamentarismus kompromittiere. Dem kann man schwerlich widerspre-

chen. Die Politik Jarosław Kaczyńskis ist jetzt erst einmal an eine Grenze gekommen. War es das nun mit dem Reformprojekt der PiS, der Schaffung einer solidarischen, mit den postkommunistischen Hinterlassenschaften aufräumenden IV. Republik? Welche politischen Szenarien zeichnen sich ab?

*Warschau, 22. August 2007*

*Stephan Raabe*

*Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen*

# KOSOVO

## DIE STATUSFRAGE DES KOSOVO FÜHRT IN SERBIEN ZU POLITISCHEM STILLSTAND

Mit der Wiederaufnahme von Gesprächen der Kontaktgruppe zwischen Belgrad und Pristina ab dem 1. August gehen die Verhandlungen über den künftigen Status des Kosovos in eine weitere Runde. Die Kontaktgruppe wird dabei durch eine Troika bestehend aus USA (Sonderbotschafter Frank Wisner), EU (Botschafter Wolfgang Ischinger) und Russland (Botschafter Aleksandar Bocan Harchenko) vertreten. Viel Hoffnung auf eine Verhandlungslösung macht sich indes niemand. Schon zuvor hatte Sondervermittler Ahtisaari einen umfassenden Plan zur Lösung des Konflikts und der Statusfrage als Ergebnis einer mehr als einjährigen Verhandlung vorgelegt. Diesen hätten die Kosovoalbaner akzeptiert, wenn auch in einigen Teilen nur ungern. Die serbische Verhandlungsseite wies ihn allerdings entschieden zurück. Und da Russland die Haltung einnimmt, eine neue VN-Resolution, die den Status entscheiden solle und damit die jetzige Resolution 1244 ablösen würde, müsse beiden Seiten gerecht werden, scheiterten alle Bemühungen für eine neue VN-Resolution.

Der alles entscheidende Punkt ist die Statusfrage. Für Serbien kommt keine Lösung in Frage, die in irgendeiner Weise zu einer Unabhängigkeit des Kosovo und damit zur Veränderung seiner Landesgrenzen führt. Für das Kosovo gilt das gleiche im umgekehrten Sinne. Keine Lösung würde akzeptiert, die nicht am Ende in eine Unabhängigkeit mündet. Vor diesem Hintergrund ist eine Verhandlungslösung nicht zu erwarten. Es gibt keinen Spielraum für Kompromisse. Die Vorstellung, man könne Serbiens Haltung aufweichen, in dem man eine schnellere EU-Annäherung in Aussicht stellt, sind vollkommen abwegig. Eine Kopplung dieser beiden Themen stellt Serbien vor eine Alternative: Kosovo oder EU. Wie die Mehrheiten dafür in der Bevölkerung verteilt sind, ist ungewiss. Sicher ist aber, dass im derzeitigen Parlament die Mehrheit eindeutig ist, nämlich für das Kosovo.

Am 10. Dezember soll die Troika dem VN-Generalsekretär Ban Ki Moon Bericht erstatten. Die Zahl der möglichen Ergebnisse ist begrenzt. Dass sich beide Seiten, Belgrad und Pristina, einigen, ist unwahrscheinlich. Ebenso gibt es keinen Anhaltspunkt dafür, dass Russland in dieser Zeit seine Haltung ändern wird. Bleibt noch die Überlegung der Teilung des Kosovo, indem die mehrheitlich serbischen Gebiete im Norden bei Serbien verbleiben würden und ggf. als Ausgleich dazu das Presevtal zum Kosovo käme.

Im politischen Belgrad gab es immer mal wieder Andeutungen, dass so ein Weg vielleicht sogar verhandelbar wäre. In Reaktion auf eine Äußerung des deutschen Botschafters Ischinger als Mitglied der Troika, dass jede Lösung denkbar sei, die von beiden Seiten mitgetragen würde, gab es allerdings deutliche Absagen an solch einen Weg – nicht nur aus dem Kosovo, sondern gerade aus Belgrad. Damit scheinen alle denkbaren Wege blockiert. Die Belgrader Regierung hat sich jeglichen Verhandlungsspielraum genommen.

Für das Kosovo könnte das bedeuten, dass es sich schon bald seinen Weg suchen wird, in der Hoffnung, die USA und Europa werden ihn mitgehen. Die Geduld wird vielleicht noch bis zum 10. Dezember reichen, dann wird man sich in absehbarer Zeit für unabhängig erklären – zumindest ist dieses Szenario nicht auszuschließen. Die Amerikaner haben keinen Zweifel gelassen, dass sie das Kosovo anerkennen würden.

Für die EU stellt sich dieser Weg als komplizierter dar, denn noch gibt es zur Frage der Unabhängigkeit des Kosovo keine Einstimmigkeit. Und die Einigkeit der EU wäre mehr als nur wünschenswert. Auch dürfte den Europäern nicht ganz gleichgültig sein, auf welcher rechtlichen Basis eine EU-Mission im Kosovo stehen könnte. Der Ahtisaari-Plan sah dafür eine neue VN-

Resolution vor. Inwieweit die Resolution 1244 dann noch ihre Legitimation hat, gilt ebenfalls zu klären, denn sie ist die Grundlage für das Engagement von UNMIK und KFOR. Trotz allem könnte sich am Ende eine Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten finden, die das Kosovo anerkennt, um dem Stillstand und der drohenden Gewalt dort ein Ende zu setzen.

Im Kosovo selbst spielen neben den rechtlichen Fragen vor allem ganz praktische Fragen eine Rolle, die da sind: wie verbessert man die Lebenssituation der Menschen im Kosovo und wie stellt man sicher, dass die Gewalt nicht von neuem ausbricht. Ob über diesen Weg demokratische Standards, wie sie die Resolution 1244 als Vorbedingung für eine Statusentscheidung vorgesehen hat, schneller geschaffen werden als bisher, müsste erst noch gezeigt werden müssen.

Derzeit bereitet man sich auf Wahlen auf allen Ebenen vor. Die politischen Parteien haben sich darauf verständigt, diese noch in 2007 abzuhalten, um den politisch Verantwortlichen Legitimation zu verleihen. Die letzte Parlamentswahl war im Oktober 2004 zu einer Zeit, da wesentliche Entscheidungen noch von UNMIK getroffen wurden. Dies hat sich in den letzten Monaten zunehmend geändert. Es ist davon auszugehen, dass die Statusfrage im Wahlkampf eine Rolle spielen wird. Dabei gibt es im Ziel keine Differenzen zwischen den Parteien. Umso mehr könnte die Frage an die Parteien gerichtet werden, wie sie unter den derzeitigen Bedingungen die Unabhängigkeit erreichen wollen. Eine neue Regierung wird dann kaum an den Aussagen im Wahlkampf in diesem entscheidenden Punkt vorbei kommen.

Wie sich Serbien im Fall einer unilateralen Anerkennung Kosovos verhalten würde, lässt sich nur spekulieren. Verlautbarungen zum Kosovothema aus dem Präsidentenamt und der Regierung ergeben noch kein einheitliches Bild. Es gibt Stimmen, vor allem von der Radikalen Partei, die davon sprechen, dass unter solchen Bedingungen eine Verhandlung mit der EU über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen keinen Sinn mehr hat. Auch Teile der Regierung und nicht zuletzt der Ministerpräsident Kostunica könnten solch eine Haltung teilen.

Für den Präsidenten Tadic und seine Partei, der Demokratischen Partei (*Demokratska Stranka*, DS), dürfte dies demgegenüber nicht in Frage kommen. In wie weit unter solchen Bedingung eine gemeinsame Koalition zu halten ist, soll hier nur angefragt werden. Noch sind zu viele „könnte“ und „wenn“, um die möglichen Konsequenzen, die für Serbien tragisch sein könnten, jetzt schon zu beschreiben. Allerdings zeigt sich, dass schon das letzte Jahr aufgrund der Status-

frage des Kosovos zu einem politischen Stillstand in Serbien geführt hat. Es ist zu befürchten, dass dies auch für die nächsten Monate gilt.

*Belgrad, 20. August 2007*

*Claudia Nolte  
Leiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung in Serbien  
und Montenegro*

# RUSSLAND

## LEGISLATURPERIODE DER STAATSDUMA GEHT ZU ENDE: EIN RÜCKBLICK

In wenigen Tagen kehren die Abgeordneten der russischen Staatsduma aus ihrem Sommerurlaub zurück. Voraussichtlich am 2. Dezember werden die Russen ein neues Parlament wählen. Bis zum Ende der Legislaturperiode verbleibt der Duma nur wenige Sitzungswochen. Wichtige Gesetzesbeschlüsse sind nicht mehr zu erwarten, es sei denn Präsident Wladimir Putin entscheidet sich entgegen bisheriger Äußerungen doch noch, im kommenden März ein drittes Mal als Präsident zu kandidieren. In diesem Fall müsste die Verfassung durch das Parlament geändert werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welches die Eckpunkte der russischen Gesetzgebung in der auslaufenden Legislaturperiode waren und ob die Russen mit der Arbeit ihres Parlaments zufrieden sind.

In der gegenwärtigen Staatsduma verfügt die präsidententreue Partei „Einiges Russland“ über eine absolute Mehrheit. Die Opposition war in den vergangenen vier Jahren zum Zusehen verdammt, selbst die einstmals staatstragende kommunistische Partei konnte Putin und das „Einige Russland“ nicht am freien Regieren hindern. Insgesamt wurden in der auslaufenden Legislaturperiode über 800 Gesetze verabschiedet. Wichtige Neuerungen gab es bei der Sozialgesetzgebung, im Bereich „Zivilgesellschaft“, beim Parteien- und Wahlrecht sowie bei der Terrorbekämpfung.

Eine der in Russland am heftigsten umstrittenen Gesetzesinitiativen war sozialer Natur. Früher bestand ein genauso umfangreiches wie ineffizientes System von Privilegien und kostenlosen Leistungen für Pensionäre, Kriegsveteranen und andere Bevölkerungsgruppen. Dass beispielsweise Soldaten kostenlos öffentliche Verkehrsmittel nutzen konnten, sorgte dafür, dass die ohnehin chronisch defizitär wirtschaftenden Verkehrsbetriebe in vielen russischen Städten, in denen Armeeeinheiten stationiert sind, keine Chance hatten, auch nur ansatzweise die Gewinnschwelle zu errei-

chen. 2004 wurde ein Gesetz beschlossen wurde, das einen Großteil der Vergünstigungen in Geldleistungen umwandelte. Es führte zu Massenprotesten, da die angesetzten Geldleistungen nicht dem Gegenwert der entsprechenden Sachleistungen entsprachen. Doch Gesetzgeber und Regierung blieben hart.

Eine zweite Neuerung, die die Gemüter erregte, war das zu Beginn dieses Jahres eingeführte Verbot für Ausländer, auf russischen Märkten zu handeln. Es trug einer verbreiteten Fremdenfeindlichkeit Rechnung, die sich in erster Linie gegen Kaukasier und Mittelasiaten richtet. Diese Gruppen stellten den Löwenanteil der Händler auf den russischen Märkten. Da sich aber kaum Russen fanden, welche zu schlechten Konditionen auf Märkten der Großstädte arbeiten wollten, waren die Stände nach Inkrafttreten des Gesetzes verwaist. In einigen Regionen kam es zu Versorgungsengpässen. Inzwischen hat sich die Lage wieder normalisiert. Nach wie vor sieht man Kaukasier, Usbeken oder Tadschiken, aber sie haben sich entweder mit der Miliz und den Markverwaltern „arrangiert“ oder einen russischen Chef gefunden.

Ansonsten sorgte die russische Gesetzgebung eher im Ausland für Aufsehen. Der russischen Bevölkerungsmehrheit schien es weniger besorgniserregend, wenn beispielsweise verschärfte Kontrollemechanismen für die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen eingeführt wurden. Der russischen Regierung zufolge hätten ausländische (vor allem amerikanische) Organisationen die „farbigen Revolutionen“ in Georgien und der Ukraine finanziert oder gar organisiert. Der aus dieser Paranoia heraus im Jahre 2005 entstandene Gesetzesentwurf wurde international heftig kritisiert, letztendlich passierte eine entschärfte Version die Duma.

Die gravierendsten gesetzlichen Änderungen betrafen das politische System. Hier setzte der Gesetzgeber



mit einem ganzen Maßnahmenkanon an. Er zielte darauf ab, die Machtvertikale zu stärken und den Kreml, mehr als er es ohnehin schon war, zum Dreh- und Angelpunkt der Macht in Russland zu machen. Ende 2004 wurde die Direktwahl der Präsidenten und Gouverneure in den 86 Gliedstaaten der Föderation abgeschafft. Die Oberhäupter der einzelnen „Föderationssubjekte“ – werden seitdem vom Staatspräsidenten vorgeschlagen und durch die Regionalparlamente gewählt. Sollte der vorgeschlagene Kandidat keine Mehrheit finden, verfügt der Präsident über das Recht, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen zu verfügen.

Kurz danach wurde das Parteiengesetz aus dem Jahre 2001 modifiziert. Die Neuregelung erschwert die Parteienbildung erheblich. Unter den bestehenden Parteien wirkte das novellierte Parteiengesetz im Sinne einer Selektion: die größten Parteien überlebten, während kleine Gruppierungen chancenlos waren. Die Reform des Wahlrechts, die wenige Monate später beschlossen wurde, korrespondierte mit der geänderten Parteiengesetzgebung. Bisher galt in Russland für die Dumawahlen ein gemischtes System aus Mehrheits- und Verhältniswahl. Die 450 Sitze in der neu zu wählenden Staatsduma werden nun ausschließlich über Verhältniswahlrecht vergeben. Konnten Wähler früher populäre parteilose Kandidaten direkt in die Duma wählen, dürfen jetzt nur noch Parteien antreten.

Da die Änderungen im politischen System zu einer weiteren Entfremdung des Volkes von seinen Vertretern führen, der Fatalismus bezüglich der Entscheidungen „von oben“ zunehmen und die Wahlbeteiligung sinken dürfte, wurde zum Ausgleich eine so genannte Gesellschaftskammer geschaffen, eine Versammlung von engagierten Bürgern und herausragenden Persönlichkeiten, die die Staatsgewalt kontrollieren soll. Sie verfügt aber über recht wenige Befugnisse und erinnert zudem an scheidemokratische Organisationen aus Sowjetzeiten.

Schließlich befassten sich die Duma-Fraktionen mit dem Kampf gegen den Terror. 2006 wurde ein neues Terrorismusbekämpfungsgesetz verabschiedet, welches ein Gesetz von 1998 ersetzte und in das Erfahrungen aus Terroranschlägen eingeflossen sind, die Russland in der Zwischenzeit erschütterten. Russland war in den vergangenen Jahren vor allem mit dem Terror tschetschenischer Brigaden und Selbstmordattentäter konfrontiert. Das neue Gesetz verdeutlicht, dass Putin und der russische Gesetzgeber darauf vertrauen, dass man das Problem durch verschärfte Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen in den Griff bekommen kann. Man erweiterte die Repressions-

instrumentarien der Staatsgewalt. Präventive Ansätze, welche soziale Ursachen bekämpfen, stehen eher im Hintergrund.

Die Kompromisslosigkeit wird dadurch erkennbar, dass das Gesetz politische Zugeständnisse an Terroristen verbietet. Das mag zunächst vernünftig klingen, denn es liegt nicht im Interesse Russlands, sich erpressen zu lassen. Doch die Erfolge russischer Sicherheitskräfte sind nicht unumstritten. Die Geiselnbefreiungen aus einem Moskauer Musical-Theater (Oktober 2002) und einer Schule der nordkaukasischen Stadt Beslan (September 2004) forderten über 400 Menschenleben. Das neue Gesetz erlaubt des Weiteren, gekaperte Luft- und Seefahrzeuge im Gefahrenfall abzuschießen, und es ermöglicht russischen Truppen, zum Zweck der Terrorbekämpfung im Ausland zu agieren. Hier flossen amerikanische Erfahrungen ein.

Insgesamt schaffte es der russische Präsident, sich die Duma in der auslaufenden Legislaturperiode weitestgehend gefügig zu machen. Im Vergleich zu den scheinbar sehr liberalen 1990er Jahren unter Boris Jelzin, die aber auch Chaos und Inflation bedeuteten, ist dabei ein Verlust von politischer und gesellschaftlicher Freiheit eingetreten. Dennoch erfährt Wladimir Putins „gelenkte Demokratie“ die mehrheitliche Zustimmung der russischen Bevölkerung. Die meisten Russen freuen sich heute über Stabilität, Sicherheit und etwas Wohlstand, die unter Putin eingekerkert sind. Demokratiedefizite werden in Kauf genommen. Vor diesem Hintergrund stellen sich auch die Ergebnisse der zu Ende gehenden Legislaturperiode der russischen Staatsduma dar.

Es wäre jedoch falsch zu schlussfolgern, Russland sei erneut auf dem Weg in die Diktatur. Unterm Strich kann bei Betrachtung der unglaublichen Entwicklung, die das Land politisch und ökonomisch zwischen dem Ende der kommunistischen Diktatur und dem Jahr 2007 vollzog, nicht ernsthaft bezweifelt werden, dass sich das Land für die Freiheit entschieden hat. Die Gesetze der auslaufenden Duma-Wahlperiode dienen aus Kreml-Sicht der Stabilisierung Russlands in einer Übergangsphase. Aus der Sicht westlicher Staaten, die über jahrhundertalte demokratische Erfahrungen verfügen, sind sie vielleicht problematisch. Doch sie bedeuten nicht das Ende der russischen Geschichte.

*Moskau, 29. August 2007*

*Thomas Kunze*

*Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Russischen Föderation*

ASIEN

# KASACHSTAN

## ALS WAHLBEOBACHTERIN BEI DEN PARLAMENTSWAHLEN 2007

Am 18. August 2007 haben in Kasachstan Parlamentswahlen stattgefunden. Es waren vorgezogene Wahlen, weil aufgrund von Verfassungsänderungen der Staatspräsident das *Majlis* (Unterhaus) aufgelöst hatte, das zusammen mit dem Senat das Parlament bildet.

Geändert wurde in der Verfassung u.a. das Wahlsystem zugunsten der Verhältniswahl. Auch wurde die Zahl der Abgeordneten von 77 auf 107 erhöht. Eine weitere Veränderung ist die Möglichkeit der unbefristeten Mandatsverlängerung und des Parteivorsitzes für den seit 15 Jahren amtierenden Präsidenten Nursultan Nasarbajew.

### **PARLAMENT KÜNFTIG „OPPOSITIONSFREI“**

Bei der Wahl hat die republikanische Partei von Präsident Nasarbajew „Nur Otan“ die überwältigende Mehrheit der Stimmen erhalten (88 Prozent). Keine der sechs anderen Parteien hat die für den Einzug ins Parlament nötige Sieben-Prozent-Hürde übersprungen, sodass im neuen Parlament nur noch eine einzige Partei sitzt. Die Wahlbeteiligung lag nach Angaben der Wahlkommission bei knapp 65 Prozent.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) erklärte, die Wahl habe vor allem bei der Stimmenauszählung und der Umsetzung neuer Rechtsvorschriften nicht den internationalen Standards entsprochen. Besonders bei der Auszählung der Wahlzettel und der Umsetzung neuer Rechtsvorschriften habe sich das Land nicht an die Regeln gehalten. Dennoch sei im Vergleich zu früheren Wahlen in Kasachstan ein Fortschritt sichtbar. Die Oppositionsparteien erkannten das Ergebnis nicht an und sprachen von massiven Manipulationen.

Laut Wahlkommission erhielt die Partei „Ak Zhol“ 3,25 Prozent der Stimmen. Eigenen Umfragen zufolge hätten jedoch etwa zwölf Prozent der Wähler für die Partei gestimmt. Die Oppositionspartei kündigte deshalb eine Klage an, um eine Neuauszählung der

Stimmen zu erreichen. Die Nationale Sozialdemokratische Partei „ANSDP“ erhielt nach offiziellen Angaben nur 4,62 Prozent der Stimmen.

### **VORFELD DER WAHLEN**

Nasarbajew wurde 1990 vom Obersten Sowjet Kasachstans zum Präsidenten gewählt, im Jahr darauf vom Volk bestätigt. Seither gab es in Kasachstan noch nie Wahlen, die von der OSZE als fair oder frei bezeichnet worden sind. Die Partei des Präsidenten gewinnt Wahlen in der Regel mit einem Stimmenanteil von 80 bis 98 Prozent.

Die aktuelle politische Situation in Kasachstan geht insbesondere auf politische Entwicklungen im Jahr 2001 zurück. Innerhalb der Regierung gab es damals eine Spaltung und es formierte sich eine neue politische Bewegung, die „Democratic Choice of Kazakhstan“ (DCK). Im November 2001 entließ Präsident Nasarbajew einige ihrer Mitglieder aus den Ämtern. Später spaltete sich aus der DCK die neugegründete Partei „Ak Zhol“ ab, die sich 2004 wieder als Block mit der DCK für die Parlamentswahlen zusammenschloss. Bei den Parlamentswahlen von 2004 gewann der Block aus der Präsidentenpartei „Otan“, „Aist“ und „Asar“ 76 von 77 Sitzen im Parlament. Die Opposition bekam nur einen Sitz.

Bei den Wahlen in diesem Jahr war die Gründung von Wahlblöcken verboten. So kam es zu einer Fusion der Parteien „Asar“ und der Agrar-/Bürgerpartei mit der Partei des Präsidenten „Otan“ zu „Nur Otan“. Nach der neuen Gesetzgebung werden die Parteien, die die Sieben-Prozent-Hürde überwunden und den Einzug ins Parlament geschafft haben, durch den staatlichen Haushalt finanziert. Kleine Parteien waren also gezwungen, sich zu vereinigen. So fusionierte die Partei „Nastojahiy ak Zhol“ mit der „ANSDP“ und die Partei „Adilet“ mit „Ak Zhol“.

Für Aufsehen sorgte im Februar 2006 der Mord am Oppositionspolitiker Altynbek Sarsenbajew, dessen Täter bis heute noch nicht bekannt ist.

### **DIE WAHLKAMPAGNE**

Die Wahlkampagne war eindeutig dominiert von der Partei des Präsidenten „Nur Otan“. In vielen Orten auf dem Land gab es ausschließlich Werbung der Präsidentenpartei und in der Hauptstadt Astana war deren Kommunikationsstrategie den kleinen Parteien deutlich überlegen. „Nur Otan“ hatte fünf Schwerpunkte im Wahlprogramm definiert: Lebensqualität, Qualität der Wirtschaft, Festigung des politischen Systems, Stabilität in der Gesellschaft und Außenpolitik.

„Ak Zhol“ konzentrierte sich während dessen auf sechs Punkte: Arbeit und Löhne, menschliches Kapital, Wohnungsversorgung, die Lösung der Probleme der Landbevölkerung, Kultur und Korruptionsbekämpfung. Die „ANSDP“ bot in ihrem Wahlprogramm Lösungen für sieben Grundprobleme an: Korruption, Erhöhung der Preise und Tarife, sinkende Lebensqualität, niedrige Rente, soziale Schichtung, Ungleichheit bei der Verteilung des Gewinns durch Rohstoffexporte.

Die Medien stehen in Kasachstan unter strenger Beobachtung und insbesondere die Fernsehsender sind zum großen Teil in Besitz des Präsidenten. Die Mehrheit der Wähler kennen nach wie vor die ideologischen Unterschiede und die politischen Programme der Parteien nicht ausreichend und haben demzufolge höchst wahrscheinlich nicht für die Parteien sondern für die Politiker, die die Parteien vertreten, gestimmt.

### **VORSITZ DER OSZE**

Für 2009 möchte sich die Regierung der Republik Kasachstan für den Ratsvorsitz der OSZE bewerben und wird hierbei auch von der Bundesregierung unterstützt. Großbritannien und die USA sind hingegen der Meinung, dass die demokratischen Strukturen in dem Land hierfür noch nicht weit genug entwickelt sind und plädieren dafür, Kasachstan den Vorsitz erst 2011 in Aussicht zu stellen. Die insgesamt eher negativ ausfallende Bewertung der Parlamentswahlen 2007 hat die Chancen für den Ratsvorsitz nicht erhöht.

### **NATIONALE UND INTERNATIONALE OPPOSITIONSLOSIGKEIT**

Bisher gibt es keine einflussreiche politische Kraft, die die Herrschaft des Präsidenten in Frage stellt. Die Situation wird im Land vielfach so beschrieben, dass ohne den Präsidenten in Kasachstan nichts funktioniert. Selbst die großen wirtschaftlich-finanziellen

Gruppen fügen sich den Bestimmungen des Präsidenten.

Auf internationaler Ebene gilt Kasachstan dennoch als Stabilitätsanker in Zentralasien. Große Investoren, allen voraus die amerikanischen, schrecken nicht davor zurück, dem ölfreudigen Land immer mehr „strategische Partnerschaften“ anzubieten.

*Berlin, 24. August 2007*

*Andrea Kolb*

*Projektreferentin „Demokratie und Entwicklung“  
der Konrad-Adenauer-Stiftung*

# KOREA

## ZWEITES KOREANISCHES GIPFELTREFFEN: WAS IST ZU ERWARTEN?

Die Nachricht über ein zweites historisches Gipfeltreffen zwischen Nord- und Südkorea kam überraschend und löste heftige Diskussionen zwischen progressiven Befürwortern und konservativen Gegnern aus. Umfragen zeigen, dass eine große Mehrheit der südkoreanischen Bevölkerung dieses Gipfeltreffen zwar befürwortet, die Erwartungshaltung jedoch geringer ist als noch beim ersten Aufeinandertreffen vor sieben Jahren. National und international wartet man nun mit Spannung darauf, welche Inhalte die beiden Staatsoberhäupter besprechen werden, was beschlossen wird und ob das Treffen floppt oder toppt.

Nach dem ersten Gipfeltreffen zwischen dem ehemaligen südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-Jung und dem nordkoreanischen Führer Kim Jong-il im Juni 2000 in Pjöngjang, wäre dies das zweite Aufeinandertreffen der Staatsoberhäupter beider Teile Koreas. Geplant ist das Treffen zwischen Südkoreas Präsident Roh Moo-hyun und Kim Jong-il vom 2. bis 4. Oktober in Pjöngjang.

Das Gipfeltreffen findet zu einem Zeitpunkt statt, nachdem die Sechs-Parteien-Gespräche zur Entnuklearisierung Nordkoreas wieder aufgenommen worden sind. Am 13. Februar 2007 einigten sich Süd- und Nordkorea, die USA, China, Russland und Japan in Peking darauf, dass Nordkorea seine nuklearen Einrichtungen abschaltet, demontiert sowie eine komplette Liste seiner Atomprogramme und -waffen vorlegt. Im Gegenzug wurden Pjöngjang Energielieferungen in Form von Rohöl sowie wirtschaftliche und politische Anreize in Aussicht gestellt. Ob die nun angekündigte historische Zusammenkunft diesen Prozess voranbringen kann, darüber gehen die Meinungen auseinander, doch alle Teilnehmer der Sechs-Parteien-Gespräche begrüßten offiziell die Gipfelankündigung. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon sprach sogar von einer wichtigen Chance, den Frieden und die Sicherheit in Korea zu stärken und die gesamt-koreanische Versöhnung voranzutreiben.

Die beiden Regierungen geben sich optimistisch. So erklärte Nordkorea, dass das Treffen „von erheblicher Bedeutung für die Eröffnung einer neuen Phase des Friedens auf der koreanischen Halbinsel“ sei. Die südkoreanische Regierung sprach von dem Beginn „einer Ära des Friedens und Wohlstands“ auf der koreanischen Halbinsel. Da bisher noch keine offizielle Agenda durch das südkoreanische Präsidialamt bekannt gegeben wurde, wird diesbezüglich heftig spekuliert und diskutiert. Die Hauptgesprächspunkte dürften sich jedoch um die Beendigung des nordkoreanischen Nuklearprogramms drehen. Ferner könnte über ein mögliches Friedensabkommen verhandelt werden, denn seit dem Ende des Koreakriegs im Jahre 1953 haben Nord- und Südkorea offiziell noch immer keinen Frieden geschlossen, sondern lediglich einen Waffenstillstand vereinbart. Gespräche über vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Streitkräften beider Staaten sowie die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit werden weitere Themenschwerpunkte darstellen.

Neben der Entnuklearisierung und einem Friedensabkommen wird Präsident Roh bei den kommenden Gesprächen vor allem der wirtschaftlichen Zusammenarbeit größte Priorität einräumen. Das Nuklearproblem wird dabei von Süd- und Nordkorea in erster Linie als Thema der Sechs-Parteien-Gespräche gesehen und dort vorangetrieben werden. Roh ist daher auch der Ansicht, dass die Interdependenzen in der Wirtschaft den entscheidenden Faktor für die Etablierung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel bilden. Seiner Meinung nach kann die Wirtschaftskooperation unabhängig von politischen Veränderungen intensiviert werden. Nach verstärkter ökonomischer Zusammenarbeit ließe sich leichter über militärische und politische Differenzen diskutieren, wenn bereits die ersten Schritte für eine gemeinsame Basis eingeleitet wurden. Immerhin hat sich der Innerkoreanische Handel seit dem ersten Gipfeltreffen (2000) bereits verdreifacht und 2006 ein Rekordhoch von 1,4 Milliarden

US-Dollar erreicht und ist dabei noch weiter ausgebaut zu werden. Vier weitere Sonderwirtschaftszonen, drei neue Touristengebiete sowie Investitionen in die nordkoreanische Infrastruktur sollen diesen Trend fortsetzen und die Kosten einer zukünftigen Wiedervereinigung senken. Seoul denkt inzwischen an eine offiziellere Form der Wirtschaftskooperation, die in ein Freihandelsabkommen münden könnte.

Die Vorbereitung für dieses historische Ereignis wird in der nordkoreanischen Stadt Kaesong, ehemals koreanische Hauptstadt während der Goryeo-Dynastie (918-1392), stattfinden. Kaesong befindet sich unweit der Grenze und in unmittelbarer Nähe der gleichnamigen Sonderwirtschaftszone, welche das Flaggschiff der südkoreanischen Sonnenscheinpolitik darstellt.

Vor sieben Jahren, beim historisch ersten Treffen des damaligen südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-jung mit Kim Jong-il war eine erste Annäherung in die Wege geleitet worden. Vertrauensbildende Maßnahmen wurden vereinbart sowie einer innerkoreanischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zugestimmt. Für seine „Sonnenschein-Politik“ gegenüber dem kommunistischen Nachbarn wurde Kim Dae-jung im selben Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Überschattet wurden die Ergebnisse des Gipfels im Nachhinein von Berichten, wonach die Regierung in Seoul der Bereitschaft des Nordens zu dem Gespräch mit geheimen Zahlungen in Höhe von rund 500 Millionen US-Dollar auf die Sprünge geholfen haben soll. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass Seoul Pjöngjang auch dieses Mal durch direkte Zahlungen geködert hat. Stattdessen wird Präsident Roh vermutlich Entwicklungshilfe und den Ausbau der Wirtschaftskooperation in Aussicht gestellt haben. Der Norden hat schließlich noch nie ohne Gegenleistung kooperiert.

Damals wie heute versteht Südkorea direkte Gespräche mit seinem Nachbarn als nationale Angelegenheit und lässt selbst seinen Hauptverbündeten, über Details im Dunkeln. So erfuhren die USA, erst wenige Stunden vor der Bekanntgabe am 8. August von dem Großereignis. Dabei befürworten die USA das Gipfeltreffen offiziell, allerdings unter der Voraussetzung, dass dieses den multilateralen Ansatz zur Entnuklearisierung Nordkoreas unterstützt und somit einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit leistet, so der Sprecher des Weißen Hauses Tony Snow. Das Gipfeltreffen will die USA als Teil des multilateralen Formats der Sechs-Parteien-Gespräche verstanden wissen, welches auch bilaterale Gespräche vorsieht. Zwischen Südkorea und den USA besteht zwar der Grundkonsens, dass man in Nordkorea nur zum Erfolg kommen kann, wenn die innerkoreanischen Gespräche und die

Sechs-Parteien-Gespräche im Gleichschritt voranschreiten. Sollte sich Präsident Roh zu weiteren Investitionen und wirtschaftlicher Kooperation verpflichten, ohne die endgültige Entnuklearisierung abzuwarten, würden die innerkoreanischen Beziehungen den Sechs-Parteien-Gesprächen jedoch um Schrittlängen voraus sein. Die USA scheinen zu befürchten, dass eine unabgestimmte Nordkoreapolitik es den nordkoreanischen Machthabern ermöglicht die einzelnen Parteien gegeneinander auszuspielen. Nordkorea könnte mit der wirtschaftlichen und humanitären Unterstützung Südkoreas dem internationalen Druck länger standhalten und die Isolation durch den Westen in Kauf nehmen.

#### MEINUNGEN ZUM GIPFELTREFFEN

Generell befürwortet ein Großteil der südkoreanischen Bevölkerung das Gipfeltreffen. Die Erwartungen sind jedoch längst nicht so hoch wie beim ersten Gipfeltreffen vor sieben Jahren. Auch bezüglich des Zeitpunkts, Austragungsorts und politischen Kontexts ist die Nation gespalten. Der Zeitpunkt – nur drei Monate vor den Präsidentschaftswahlen am 19. Dezember 2007 und vier Monate vor dem Amtsende von Präsident Roh Moo-hyun – ist nicht unumstritten. In Umfragen waren immerhin 49,1 Prozent der Befragten mit dem Zeitpunkt einverstanden, während 42,8 Prozent das Treffen lieber unter einer neuen Regierung im nächsten Jahr gesehen hätten. Hierzu gehören zweifelsohne auch die Abgeordneten der konservativen GNP (*Grand National Party*). Deren Parteivorsitzender Kang Jaesup äußerte „zwar sei man nicht gegen das Gipfeltreffen, behalte sich aber vor, auf Probleme des Treffens, wie zum Beispiel Zeitpunkt und Ort hinzuweisen.“ Der Zeitpunkt, so kurz vor den Präsidentschaftswahlen, wird vor dieser in allen Meinungsumfragen, vorne liegenden Oppositionspartei als taktisches Kalkül des Präsidenten interpretiert, um auf die Wahlen Einfluss zu nehmen und das progressive liberale Lager zu stärken. Zudem wird der Austragungsort des Gipfeltreffens, auch nach der Verschiebung, erneut Pjöngjang sein, was ebenfalls kritisiert wird, da man sich beim ersten Gipfeltreffen im Jahre 2000 eigentlich darauf verständigt hatte, dass ein mögliches zweites Treffen in Südkorea stattfinden würde. Die Sprecherin der GNP Na Kyung-won fasst die Position ihrer Partei wie folgt zusammen. Sollten auf dem Gipfeltreffen wichtige Punkte, wie bspw. die nukleare Abrüstung auf der Tagesordnung stehen, könnten sich die Parteien auch in einem Drittland treffen, um dies alsbald zu diskutieren. Ansonsten sollte das Gipfeltreffen erst unter der nächsten Regierung stattfinden, um so substantielle Diskussionen zu fördern, welche nicht in Gefahr laufen Missverständnisse bzw. den Unmut der Bevölkerung auf sich zu ziehen. Der jüngst am

20. August 2007 nominierte Präsidentschaftskandidat der Konservativen Lee Myung-bak befürwortete ein Gipfeltreffen zwar generell, bemerkte aber, dass Präsident Roh das Ziel und die Agenda nennen sollte, da man sonst glauben könnte, dass er dieses nur für seine politischen Zwecke nutzen möchte.

Die liberalen Parteien weisen die Kritik der GNP dagegen zurück. Die Position der Regierung sei es immer gewesen, dass ein neues Gipfeltreffen mit Nordkorea zu jeder Zeit an jedem Ort abgehalten werden könne, so dass dies nicht mit innenpolitischen Erwägungen zu tun habe, so ein Regierungssprecher. Das liberale regierungsnahe Lager begrüßte das geplante Spitzentreffen. Die neu gegründete *United New Democratic Party* (UNDP), welche am 20. August mit der URI-Partei fusionierte und ebenfalls dem liberalen Lager zugeordnet wird, äußerte die Hoffnung, dass das Treffen erfolgreich verlaufen wird. Dass dieses Gipfeltreffen maßgeblich zur Lösung der Nuklearkrise beitragen kann, bezweifelt jedoch die Mehrheit der südkoreanischen Bevölkerung. Nichtsdestotrotz ist man der Ansicht, dass die Zusammenkunft wenigstens teilweise zu der Entnuklearisierung Nordkoreas beitragen wird. Immerhin ein Drittel der Befragten zeigt sich noch optimistischer und erwartet, dass das Problem in diesem Gespräch gelöst werden kann.

## POLITISCHE EINSCHÄTZUNG

Der Zeitpunkt für ein neues koreanisches Gipfeltreffen scheint verfrüht. Nordkorea präsentiert sich in jüngster Zeit zwar ungewohnt kooperationsbereit, der Weg zur Entnuklearisierung wurde aber erst jüngst eingeschlagen und wird noch ein langer sein. Zudem ist keine wirkliche Richtungsänderung des nordkoreanischen Regimes zu beobachten. Eine Belohnung durch Investitionen oder Zugeständnisse Südkoreas, welche mit dem Gipfeltreffen höchstwahrscheinlich einhergehen werden, scheinen daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht gerechtfertigt.

Die Implikationen des Gipfels für die regionale aber auch innerkoreanische Politik werden in erster Linie von den verabschiedeten Vereinbarungen und deren Umfang abhängig sein. Ein erfolgreiches Gipfeltreffen, welches einen tatsächlichen Beitrag zur Aussöhnung und Entnuklearisierung leistet, könnte jedoch beachtliche Veränderungen in der Wahrnehmung der Bevölkerung mit sich bringen. In solch einem Fall würden die Befürworter eines unilateralen, USA-unabhängigeren, „koreanischen“ Engagements Zulauf erhalten. Dies könnte die Chancen der konservativen Oppositionspartei bei den kommenden Präsidentschaftswahlen im Dezember verschlechtern, welche eine insgesamt kompromisslosere Nordkoreapolitik in enger Abstim-

mung mit den USA befürwortet. Auch eine harsche Kritik Washingtons an dem Gipfel würde den Wunsch nach mehr Unabhängigkeit von den USA in der Bevölkerung stärken. Insbesondere nachdem die USA trotz Bittens Südkoreas nicht bereit waren, im südkoreanischen Geiseldrama in Afghanistan zu vermitteln.

Das Gipfeltreffen stellt zwar einen Meilenstein in der Nord-Süd-Beziehung dar, wird aber aller Wahrscheinlichkeit nach keine neuen dramatischen Veränderungen mit sich bringen. Stattdessen wird erwartet, dass die beiden Staatsoberhäupter den bisherigen Aussöhnungsprozess bestätigen und ihre Absicht zur weiteren Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel erneuern und somit die Entspannungspolitik in der Region fortsetzen, welche noch bis vor kurzem durch Nordkoreas Nuklearambitionen bedroht wurde. Südkoreas Präsident Roh möchte zum Ende seiner Amtszeit noch die Weichen stellen für die weitere Entwicklung des Aussöhnungsprozesses. Ob eine künftig zu erwartende konservative Regierung ebenfalls seine Sonnenscheinpolitik fortführen wird, ist eher fraglich. Roh, der auch in den eigenen Reihen kaum noch einen Rückhalt hat und dessen Unbeliebtheit und politischer Eigensinn mit zum Zerfall der URI Partei beigetragen haben, will mit dem Gipfeltreffen Fakten schaffen, damit ein möglicher konservativer Nachfolger seinen innerkoreanischen Annäherungsprozess, nicht wieder zunichte machen kann. Ferner scheint er insgeheim zu hoffen, dass das Gipfeltreffen dem progressiven Lager Aufwind gibt und noch eine Trendwende für die bereits entschieden geglaubten Wahlen herbeigeführt werden kann.

Wirklich hilfreich für den multilateralen Ansatz der Sechs-Parteien-Gespräche kann das Gipfeltreffen eigentlich nur sein, wenn Präsident Roh den Norden einer greifbaren Verpflichtung zur Abrüstung beispielsweise bis zum Ende des Jahres abringt. Bedingungslose Zugeständnisse und Unterstützung werden die bisherigen multilateralen Bestrebungen, Pjöngjang durch Ausübung von Druck zur Entnuklearisierung zu veranlassen, nur gefährden. Zudem werden hierdurch die Beziehungen und auch die militärische Allianz mit Washington weiter belastet.

Eine Friedenserklärung könnte sich zwar auf die Wahlen im Dezember auswirken, würde aber formal keine Auswirkung auf die Beendigung des Waffenstillstandsabkommens haben. Es hätte ohne die Beteiligung von China und den USA, welche beide Unterzeichnernationen sind, ohnehin nur symbolischen Charakter. Jedwede Versprechung, welche Präsident Roh dem Norden gegenüber macht, wird zudem keinen bindenden Charakter für den nächsten südkoreanischen Präsidenten haben. Dieser Tatsache wird sich auch Kim Jong-il

bewusst sein, hat er doch die Erfahrung, dass sich die Politik eines Landes mit einem Regierungswechsel verändern kann, bereits bei dem Wechsel der US-Präsidenten von Clinton zu Bush miterlebt. Das nächste Staatsoberhaupt Südkoreas wird die Macht haben, die Politik seines Vorgängers zu kippen, zu ändern oder auch weiterzuführen.

*Seoul, 28. August 2007*

*Marc Ziemek*

*Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Korea*



## OST-TIMOR

### IST DIE GESCHWÄCHTE OPPOSITION STÄRKER ALS DIE NEUE REGIERUNG?

Im Mai 2007 gewann Friedensnobelpreisträger José Ramos-Horta in einer Stichwahl das Rennen um das Amt des Staatspräsidenten. Ende Juni wurde ein neues Parlament gewählt. Nach wochenlangem Hin und Her über mögliche Koalitionen und Regierungsmodelle steht nun das neue Kabinett fest. Während die zweiten demokratischen Wahlen in Asiens jüngstem Staat friedlich verliefen, kam es nach der Regierungsbildung wieder zu gewaltvollen Ausschreitungen und Unruhen, die bis heute anhalten.

Nachdem Ost-Timors erste Regierung, die von der alleinherrschenden früheren Unabhängigkeitsbewegung FRETILIN (*Frente Revolucionária do Timor-Leste Independente*) gestellt wurde, im Mai 2005 in Folge von Krisen, Unruhen und wachsendem öffentlichen Druck kollabiert war, ernannte Staatspräsident Xanana Gusmão den damaligen Außenminister und Friedensnobelpreisträger José Ramos-Horta kommissarisch zum Ministerpräsidenten. Mehr als ein Jahr später sind die Rollen vertauscht: Ramos-Horta ist mittlerweile Staatspräsident und hat somit die Nachfolge seines alten Freundes und Weggefährten angetreten. Xanana Gusmão wiederum ist jetzt Ministerpräsident. Seite an Seite stehen sie an der Spitze des Landes.

Nach den Parlamentswahlen am 30. Juni 2007 herrschte wochenlang Unklarheit über die politische Zukunft Ost-Timors. FRETILIN, die mit 29 Prozent der Stimmen als stärkste Kraft aus der Wahl hervorging und 21 der 65 Sitze im neuen Parlament bekommen hat, konnte ihre absolute Mehrheit aus dem Jahr 2002, mit 57 Prozent der Stimmen und 55 von 88 Abgeordneten, nicht verteidigen. Zweitstärkste Partei wurde die CNRT (*Congresso Nacional de Reconstrução de Timor Leste*), die sich erst kurz vor der Wahl aus einer reformorientierten Splittergruppe der FRETILIN und Anhängern des ehemaligen Staatspräsidenten Gusmão gegründet hatte. Das Parteienbündnis ASDT-PSD, bestehend aus der *Associação Social-Democrata*

*Timorese* und der *Partido Social Democrata*, kam zusammen auf 15,7 Prozent der Stimmen, was 11 Sitzen im Parlament entspricht. Mit 11,3 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen ist die PD (*Partido Democrático*) mit acht Abgeordneten im Parlament vertreten. Die von der ehemaligen Finanzministerin Fernanda Mesquita Borges ebenfalls neu gegründete PUN (*Partido Unidade Nacional*) zog mit 4,3 Prozent und drei Sitzen ins Parlament ein. Dagegen konnten sowohl die UNDERTIM (*União Nacional Democrática de Resistência Timorese*), als auch die *Aliança Democrática* nur 3,2 Prozent der Stimmen für sich gewinnen und komplettieren mit jeweils zwei Sitzen das neue Parlament. Sieben von 14 angetretenen Parteien scheiterten an der Drei-Prozent-Hürde.

#### **POLITISCHES PATT UND STILLSTAND NACH DER WAHL**

Von der Wahl sollte ein Zeichen des Wandels und des Aufbruchs ausgehen, denn das von gewaltvollen Krisen, blutigen Unruhen und bitterer Armut erschütterte Land kam seit dem Referendum über die Unabhängigkeit von Indonesien 1999 nicht mehr zur Ruhe. Nach drei Jahren unter UN-Verwaltung und den ersten demokratischen Wahlen im Jahr 2002 ist Südasiens jüngste Nation von Stabilität und Souveränität heute noch immer weit entfernt. Das Ringen um einen Weg in die Zukunft ging auch nach der Wahl weiter, denn FRETILIN und Gusmão beanspruchten direkt bei der Verkündung der Wahlergebnisse die Regierungsverantwortung jeweils für sich. Im Tauziehen um die Macht wollte keine Seite von ihrer Position abweichen, eine Einigung war nicht in Sicht. Die Verhandlungen und Koalitionsbildungen stagnierten. Frist um Frist verstrich, Ultimaten wurden verlängert, Mahnungen und Appelle des Staatspräsidenten blieben unberücksichtigt. Erst als Ramos-Horta beide Parteien zur Bildung einer „nationalen Einheitsregierung“ aufrief, kam Bewegung in die verfahrenere Situation. Eine

Opposition, so Ramos-Horta beschwichtigend, brauche das Land in dieser schwierigen Situation nicht: Politische Einheit und Stabilität um jeden Preis waren seine Direktiven. FRETILIN und CNRT, die zuvor eine Zusammenarbeit kategorisch ausgeschlossen hatten, konnten sich schließlich nicht auf eine gemeinsame Antwort der Schlüsselfrage einigen: Wer sollte neuer Ministerpräsident werden?

Ursache für diesen schwebenden Zustand und die offene Frage der nächsten Regierung war der Paragraph 106 der ost-timoresischen Verfassung. Dieser besagt, dass entweder die Partei oder das Parteienbündnis mit der Mehrheit im Parlament das Recht hat, den neuen Ministerpräsidenten zu bestimmen. Die FRETILIN, als numerischer Wahlsieger und mit der Mehrheit der Parlamentssitze ausgestattet, interpretierte den Paragraphen 106 so, dass sie den Regierungsauftrag erhalten müsse. Gleiches tat auch Xanana Gusmão, dessen Koalition die Mehrheit aller Sitze im Parlament auf sich vereinen konnte. Ramos-Horta mahnte letztendlich beide Parteien an, dass er Kraft seines Amtes den neuen Staatspräsident ernennen werde, sollten sich FRETILIN und CNRT nicht einigen können. Die langersehnte Entscheidung ließ bis zum Abend des 6. August auf sich warten: Gegen 18.30 Uhr Ortszeit trat José Ramos-Horta, von einem Blitzlichtgewitter begleitet, in Dili vor die Kameras und bestimmte Gusmão zum neuen Regierungschef. Während sich auf der einen Seite Erleichterung einstellte, machte sich auf der anderen Seite Frustration breit. FRETILIN sah sich um die Macht betrogen und kündigte Widerstand an. Nachdem sie die Vereidigung des neuen Kabinetts boykottierte und mit einer Verfassungsklage drohte, nahmen ihre Parlamentarier einige Tage später ihre Plätze auf der für sie ungewohnten Oppositionsbank ein. Gusmãos letztes symbolisches Versöhnungsangebot, Mitglieder der FRETILIN in sein Kabinett integrieren zu wollen, wurde ausgeschlagen.

### **RÜCKKEHR ZUM CHAOS**

Es dauerte nur eine halbe Stunde, bis die ersten Demonstrationen gegen die neue Regierung auf die Straße getragen wurden: FRETILIN-Anhänger beteuerten ihre Loyalität, indem sie Steine gegen UN-Fahrzeuge warfen, Häuser anzündeten und mit ihren Demonstrationen Unruhe in der Bevölkerung verbreiteten. UN-Polizei und australische Sicherheitskräfte konnten die Situation nur kurz beruhigen. Eine Woche später eskalierte die Gewalt erneut: In Hundertschaften und bewaffnet mit Stahlpfeifen und Bögen, Macheten, Steinen und Eisenrohren randalierten Jugendliche in der Hauptstadt und der FRETILIN-Hochburg Baucau. Häuser von Parteimitgliedern der neuen Regierung wurden in Brand gesetzt, in einer

katholischen Schule fielen selbst minderjährige Mädchen gewaltvollen Übergriffen und skrupellosen Vergewaltigungen zum Opfer. Bis heute reißt die neue Welle der Gewalt nicht ab, Angst und Hilflosigkeit dominieren weiterhin den Alltag der Bevölkerung.

Mit der Wahl hat sich zwar das politische Machtverhältnis in Ost-Timor grundlegend geändert, einen wirklichen Wandel wird der neuen Regierungskoalition aber nicht zugetraut. Auch wenn man die zahlreichen strukturellen, sozialen und ökonomischen Probleme des Landes außen vor lässt, sind die Erfolgchancen der neuen Regierung als zweifelhaft einzustufen. Mit dem neuen Parteienpluralismus auf der Regierungsbank wurde zwar die dominante Alleinherrschaft der FRETILIN aufgebrochen, jedoch droht von ihr nun eine destruktive Opposition und politische Blockade auszugehen. Xanana Gusmãos CNRT, die den Wahlkampf ausschließlich auf seine Person und die oppositionelle Haltung zur FRETILIN ausgerichtet hatte, arbeitet noch immer an einem Parteiprogramm. Auch das Regierungsprogramm und ein 100-Tage-Aktionsplan, die schnell wirkende und sofort umsetzbare Programme beinhalten sollen, lassen noch auf sich warten. Diese Regierungskoalition, deren inhaltliches Fundament und programmatische Ausrichtung noch nicht ausge-reift sind und sich noch im mühevollen Aufbau befinden, steht einer Opposition gegenüber, die über vergleichsweise gut ausgebildete Strukturen mit einem gewissen Grad an Organisation verfügt und noch immer auf starken Rückhalt in einem Teil der Bevölkerung bauen kann. Es ist daher zu befürchten, dass trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit im Parlament die aktuelle Opposition stärker sein kann als die neue Regierung, die sich nach innen und nach außen mit Problemen konfrontiert sieht, ohne einen politischen Lösungsansatz zu haben oder auf ausreichend Expertise und Erfahrung zurückgreifen zu können. Ost-Timor wird weiterhin das Sorgenkind in Südostasien bleiben und auf unbestimmte Zeit von internationaler Unterstützung abhängig sein.

*Jakarta, 29. August 2007*

*Simon Bunjamin*

*Trainee im KAS-Auslandsbüro Indonesien*

# INDIEN UND PAKISTAN

## NACH SECHZIG JAHREN UNABHÄNGIGKEIT STEHEN SICH IM FRIEDENSPROZESS ZWEI UNGLEICHE NACHBARSTAATEN GEGENÜBER

Der indische Staatssekretär des Äußeren führte im März 2007 auf einer Pressekonferenz aus, dass sich Indien und Pakistan in dem intensivsten Dialog über Jammu und Kaschmir befinden, der jemals zwischen beiden Ländern geführt wurde. Es werde eine Übereinkunft über alle ausstehenden Fragen gesucht – von beiden Seiten mit der „festen“ Absicht eines erfolgreichen Abschlusses. Wie einem Artikel der *Financial Times* vom 29. Mai 2007 (dessen Informationen nach indischer Auffassung vermutlich von der pakistanischen Seite lanciert wurden) zu entnehmen war, hätten sich Indien und Pakistan in so genannten „back channel“-Gesprächen über die Grundlagen eines Rahmens für ein mögliches weitgehendes Abkommen zur Lösung des Kaschmirkonflikts geeinigt. Dies wurde gegenüber der KAS von einer gutunterrichteten Quelle in Delhi bestätigt. Danach soll dieser Rahmen folgende Punkte enthalten:

1. Kein gegenseitiger Tausch von Territorien,
2. Selbstverwaltung auf beiden Seiten der LOC (*Line of Control*),
3. Gemeinsame Konsultationsmechanismen über soziale und wirtschaftliche Aspekte auf beiden Seiten der LOC,
4. Beidseitige Truppenreduzierung vorbehaltlich eines Endes des grenzüberschreitenden Terrorismus, und
5. Normalisierung der Grenzüberwachung („soft border“) auf beiden Seiten der LOC.

### HINTERGRUND

Am 15. August 1947 wurden Indien und Pakistan in die Unabhängigkeit entlassen. Aus Pakistan ging ein Vierteljahrhundert später mit Bangladesch ein dritter Staat hervor. Sechzig Jahre nach der Teilung des Subkontinents stehen sich zwei ungleiche Nachbarstaaten gegenüber. Pakistan durchläuft mit seinen vielfachen Instabilitäten gegenwärtig die schwierige

Phase einer möglichen demokratischen Neuorientierung seines politischen Systems mit der Gefahr einer weiteren Destabilisierung des Landes.

Demgegenüber weist das insgesamt in sich gefestigte demokratische Indien hohe Wachstumsraten auf, während die derzeitige innenpolitische Debatte über das Nuklearabkommen mit den USA zu möglichen Neuwahlen führen könnte. Der Konflikt um die Region Jammu und Kaschmir bestimmte seit der Trennung das Verhältnis beider Staaten zueinander und führte zu drei Kriegen (1947-1949, 1965, 1971). Heute wollen die Atomkräfte Indien und Pakistan trotz unterschiedlicher Interessen und Voraussetzungen neue Eskalationen ihrer Konflikte, wie zuletzt in den Jahren 1999 in Cargill und 2001 nach dem terroristischen Anschlag auf das indische Parlament, verhindern und den Friedensprozess weiter voranbringen. Es haben sich in beiden Ländern andere Prioritäten in den Vordergrund geschoben, die durch bilaterale Spannungen nur beeinträchtigt würden. Die Einsicht wächst, dass das gewaltige Entwicklungspotenzial eines friedlichen Miteinanders auf dem indischen Subkontinent ohne eine nachhaltige Versöhnung nicht ausgeschöpft werden kann.

### EIN BISLANG ERFOLGREICHER FRIEDENSPROZESS

In dem wachsenden Bewusstsein, dass eine Normalisierung der Beziehungen einen destabilisierenden bilateralen Konflikt beenden und die regionale und internationale Stellung beider Länder festigen würde, begannen Verhandlungen über einen möglichen Friedensprozess zwischen dem damaligen indischen Ministerpräsidenten Vajpayee und Präsident Musharraf. Sie wurden von Ministerpräsident Dr. Manmohan Singh fortgesetzt und führten zu der gemeinsamen indisch-pakistanischen Erklärung vom 24. September 2004,

die einen Durchbruch für den Beginn umfassender vertrauensbildenden Maßnahmen darstellte. Sie bekräftigte die Absicht beider Länder, den Dialog mit dem Ziel der Wiederherstellung von Normalität und Zusammenarbeit weiterzuführen und eine Atmosphäre des Vertrauens und gegenseitigen Verständnisses zu schaffen. Dazu wurde die Durchführung umfangreicher Dialogmaßnahmen zwischen den Regierungen wie der Zivilgesellschaft beschlossen und die Absicht erklärt, den Jammu und Kashmir-Konflikt einer friedlichen und zweckmäßigen Verhandlungslösung zuzuführen.

Nachdem bereits im Jahr 2003 die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen wurden und erneut zivile Flugverbindungen zwischen den beiden Ländern hergestellt waren, wurden nach der gemeinsamen Erklärung von 2004 denn sehr schnell auch eine Reihe von Gremien eingesetzt, die unter dem Begriff von „Frieden und Sicherheit“ vertrauensbildende Dialoge führen:

- Institutionalisierung regelmäßiger Konsultationen zwischen den Außenministern.
- *Composite Dialogues* auf Staatssekretärsbene zu den Themen Grenzfragen (einschließlich Jammu und Kaschmir), Grenzprojekte, Terrorismus und Drogen, Wirtschafts- und Handelskooperation, Förderung des gesellschaftlichen Austausches.
- Bildung von acht Experten- und Studiengruppen zur Behandlung vertrauensbildender Maßnahmen in konventionellen (Landwirtschaft, Gesundheit, Wissenschaft und Technologie, IT und Telekommunikation, Umwelt, Tourismus, Erziehung, Information) und nuklearen Bereichen.

In diesen drei Jahren wurden zwischen beiden Ländern zu allen Themen jeweils vier Dialogrunden durchgeführt, die durch mehrere Expertengespräche flankiert waren. Daraus entstanden eine Reihe von Abkommen – so z.B. das *Agreement on Reducing the Risk from Accidents Relating to Nuclear Weapon*, das *Agreement on Pre-Notification of Flight Testing of Ballistic Missiles*, ein *Agreement on Prevention of Incidents at Sea* sowie mehrere *Visa- und Konsularabkommen*. Darüber hinaus konnten gemeinsame Anti-Terror-Mechanismen institutionalisiert werden. Im Bereich der Handels- und Wirtschaftskooperation sind technische Memoranden unterzeichnet worden, die überwiegend Regelungen des Güter- und Kapitalverkehrs, aber auch der Kommunikation zwischen den Behörden beider Länder enthalten. Gegenwärtig werden gemeinsame Grenzregelungen an der *Line of Control* und für die Abgrenzung der Hoheitsgewässer zur weiteren Konfliktvermeidung vorbereitet. Gegenseitige Besuche zwischen Institutionen der Zivilgesellschaft, so auch der KAS-Partner *Federation of Indian*

*Chambers of Commerce and Industry* (FICCI) und *PHD Chamber of Commerce and Industry* (PHDCCI), finden zunehmend statt.

Was noch vor einigen Jahren undenkbar erschien, konnte in den letzten beiden Jahren erzielt werden: Grenzöffnungen zwischen beiden Ländern mit Bus-, LKW- und Eisenbahnlinien erfolgten nicht nur in Kaschmir, sondern auch im Punjab. Die Kontakte der Bevölkerung entlang der Line of Control konnten wieder aufgenommen werden.

Immer wieder wurde der Friedensprozess in den letzten drei Jahren jedoch von tragischen und blutigen Anschlägen in Indien, die dem grenzüberschreitenden Terrorismus zugeschrieben wurden, einem Test unterzogen. Obwohl eine Reihe von Gründen die Vermutung nahelegt, dass sie von islamischen Gruppen aus dem pakistanischen Teil Kaschmirs heraus gesteuert wurden, bekannten sich die führenden Politiker beider Länder ausdrücklich zur Fortführung der Dialoge.

Indiens Politik erkennt an, dass auch Pakistan einem inneren Terrorismus ausgesetzt und damit Opfer ist – allerdings weist sie darauf hin, dass Pakistan eine striktere Kontrolle in seinem Territorium zur Unterbindung des grenzüberschreitenden Terrorismus ausüben müsse. Tatsächlich haben die Anschläge in Indien aber zu einer verstärkten Zusammenarbeit innerhalb der Mechanismen der gemeinsamen Terrorbekämpfung geführt, wie den Aussagen beider Außenstaatssekretäre aus Anlass der 4. Staatssekretärsrunde des *Composite Dialogues* vom März 2007 zu entnehmen war.

Die Erfahrungen der letzten drei Jahre legen für Indien nahe, dass der Friedensprozess von einem breiten Konsens des politischen Spektrums getragen wird. Der mit ihm verbundene gesellschaftliche Austausch zeige nach den Worten von Indiens *Foreign Secretary* vom April dieses Jahres, dass „die Bevölkerung beider Länder tatsächlich ihren staatlichen Institutionen voraus sind und die treibende Kraft für den Friedensprozess geworden sind“. Auf diese Weise haben die vielfältigen Dialoge in beiden Ländern eine breite Debatte in Gang gesetzt, die zu einer Lösung der Kaschmirfrage führen könnte.

#### **KERNPUNKT KASCHMIR – LÖSUNG IN SICHT?**

Der 60-jährige hochbrisante Kaschmir-Konflikt zwischen Indien und Pakistan schien lange Zeit als unüberwindbar. Kaschmir ist in einen indischen Teil (einschließlich Jammu) und in einen pakistanischen Teil (Azad Kaschmir) geteilt. Pakistan zog drei Mal

gegen Indien in den Krieg, um den indischen Teil Kaschmirs seinem Staatsgebiet einzuverleiben. In beiden Ländern, die sich jeweils auf ihre territorialen Rechtsansprüche entweder der Resolution der Vereinten Nationen von 1948 (Pakistan) oder des Shimla-Abkommens von 1972 (Indien) beriefen, haben, zumindest bislang, jeden Lösungsvorschlag auf die lange Bank geschoben. Kompliziert wird der Zankapfel durch die Infiltration religiös motivierter islamischer Terrorgruppen aus dem pakistanischen Teil, durch kaschmirische sezessionistische Parteien (Hurriyat), durch unterschiedliche und nicht eindeutig zuordnungsbar bewaffnete Untergrundkämpfer und durch eine starke Präsenz indischer Sicherheitskräfte. Die Hurriyat und einige der Untergrundkämpfer verfolgten die Idee eines freien und unabhängigen Kaschmirs, die islamischen Terrorgruppen demgegenüber aus religiösen Gründen einen Anschluss an Pakistan.

Dennoch scheint seit anderthalb Jahren durch den *Composite Dialogue* Bewegung in die Kaschmir-Politik Indiens und Pakistans gekommen zu sein. Trotz mancher durch Attentate bedingten Rückschläge bewegen sich Indien, Pakistan und die kaschmirischen Befreiungsgruppen aufeinander zu. Die Hurriyat erklärte Anfang des Jahres bei einem Besuch in Pakistan einen Verzicht auf Gewalt und Unabhängigkeit, während Pakistan gemäß einem Fernsehinterview von Präsident Musharraf im Februar 2007 unter Umständen bereit wäre, die Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen von 1948 aufzugeben. Dies wäre Pakistans Verzicht auf die Integration des umstrittenen Territoriums. Bereits Anfang des Jahres wurden in Pakistan und Kaschmir Lösungsmodelle diskutiert, die eine Art innere Autonomie, Grenzöffnungen und Demilitarisierung beinhalteten.

All diese Entwicklungen haben zu dem eingangs erwähnten Rahmens eines möglichen Abkommens zwischen beiden Seiten geführt, mit dem eine Lösung des Kaschmirkonflikts erreicht werden soll.

## **ZUKUNFTSAUSSICHTEN**

Sollte dieser Entwurf als Abkommen unterzeichnet werden, wäre dies ein sensationeller Wandel und historischer Paradigmenwechsel Pakistans und Indiens und könnte die Grundlage für die Ausräumung eines der gefährlichsten Konfliktherde der Welt bedeuten. Dann wäre die Vision der Staatsmänner Indiens eines nachhaltigen und stabilen Friedens in Südasien ein großes Stück vorangekommen. Doch gegenwärtig halten sich beide Länder bedeckt. Beide brauchen Zeit, ihre öffentlichen Meinungen auf eine Lösung des jahrzehntelangen Kaschmirkonflikts einzustimmen, beide haben eigene Herausforderungen zu bewältigen.

Ob die Unterzeichnung des im Entwurf vorliegenden Abkommens möglich ist, dürfte weitgehend von dem Ausgang des gegenwärtigen Pokerspiels um die Macht in Pakistan abhängen. Ob dann der Friede tatsächlich gesichert ist, wird aber ebenso sehr von den religiös-fundamentalistischen Gruppen Pakistans bestimmt werden, die mit Gewalt ihre Ziele verfolgen. Der Friedensprozess zwischen Indien und Pakistan stellt einen kühnen Versuch dar, zwischenstaatliche Konflikte durch pragmatischen Dialog und rationale Vertrauensbildung zu entschärfen. Er hat bislang die in ihn gesetzte Erwartungen erfüllt und damit für die internationale Gemeinschaft Vorbildcharakter.

*Neu Delhi, 3. September 2007*

*Jörg Wolff, Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Indien*

*Stefanie Möller, Trainee im Auslandsbüro Indien*

NAHOST

# TÜRKEI

## AKP ALS KLARER SIEGER DER VERFASSUNGSKRISE VOM SOMMER 2007

Die islamisch-konservative Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP, *Adalet ve Kalkınma Partisi*) hat ihre Machtstellung in der Türkei konsolidieren können. Aus der politischen und verfassungsrechtlichen Krise, die durch die vom Verfassungsgericht verfügte Annullierung der Präsidentschaftswahlen im Mai 2007 hervorgerufen wurde, und der machtpolitischen Auseinandersetzung mit der säkularen Opposition *ist die AKP als klarer Sieger hervorgegangen*. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 22. Juli erhielt sie 46,6 Prozent der Wählerstimmen und somit ein deutliches Mandat für die Weiterführung der politischen Geschichte des Landes. Mit der Kür Abdullah Güls zum neuen türkischen Staatspräsidenten am 28. August hat der politische Aufstieg der 2001 gegründeten AKP einen vorläufigen Höhepunkt erreicht.

Die AKP verfügt im Parlament (Große Türkische Nationalversammlung) über 341 von 550 Sitzen und somit über eine konforme Mehrheit für die Alleinregierung. Trotz Stimmenzuwachs von 12 Prozent gegenüber den letzten Wahlen hat sie im Endeffekt weniger Abgeordnete und keine Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen. Die oppositionelle kemalistische Republikanische Volkspartei (CHP, *Cumhuriyet Halk Partisi*) ist bei der Abstimmung durchgefallen und verfügt nur noch über 112 Mandate (davon gehen 13 an die Demokratische Linkspartei DSP, *Demokratik Sol Parti*, mit der es ein Wahlbündnis gab). Neu ins Parlament eingezogen sind die rechtsnationale Nationalistische Bewegungspartei (MHP, *Milliyetçi Hareket Partisi*) und die kurdische Demokratische Gesellschaftspartei (DTP, *Demokratik Toplum Partisi*, deren Mitglieder als Unabhängige kandidierten, um die Zehn-Prozent-Hürde zu umgehen).

*Die AKP besetzt die drei wichtigsten Ämter im Staat:* Den Posten des Premierministers (AKP-Vorsitzender *Recep Tayyip Erdoğan*), den Parlamentspräsidenten (*Köksal Toptan*) und den Staatspräsidenten (*Abdullah*

*Gül*). Parlamentspräsident Toptan gilt als Kompromisskandidat, der über die AKP hinaus (er selbst war früher Bildungsminister der zentristischen Partei des Rechten Weges DYP, *Doğru Yol Partisi*) akzeptiert wird und mit Unterstützung der Opposition gewählt wurde.

Die wichtigste Veränderung im machtpolitischen Gefüge der Türkei ist die Besetzung des Präsidentenpostens durch einen AKP-Kandidaten. Obwohl der Staatspräsident in der Türkei wenig exekutive Vollmachten hat, stehen ihm doch wichtige Kontrollbefugnisse zu. Von besonderer Bedeutung sind die weitreichenden Befugnisse bei der Ernennung hoher Staatsbeamter, Richter, Staatsanwälte sowie Universitätsrektoren. Gegenüber Gesetzesvorschlägen der Regierung hat er ein Vetorecht: Er kann Gesetze zur erneuten Beratung an das Parlament zurückverweisen. Güls Vorgänger Ahmet Necdet Sezer, ein strikter Laizist, schöpfte seit dem Regierungsantritt der AKP 2002 seine Kontrollbefugnisse sehr weitgehend aus: Er blockierte zahlreiche Gesetzesprojekte und lehnte in hunderten von Fällen die Beamtenernennungen der von der Regierung vorgeschlagenen Kandidaten ab.

Es wird sich zeigen, ob die vom laizistisch-kemalistischen Lager geschürte Befürchtung, die AKP würde eine Systemänderung und eine sukzessive Islamisierung der gesellschaftspolitischen Ordnung in der Türkei anstreben, wahr wird. Die vergangene viereinhalbjährige Regierungszeit der AKP hatte wenig Anhaltspunkte für eine „verborgene islamistische Agenda“ geliefert. Im Gegenteil: In den AKP-Regierungsjahren wurde eine wirtschaftsliberale und reformorientierte Politik betrieben, die der Türkei einen bisher einmaligen *wirtschaftlichen Aufschwung* und ein *hohes Maß an politischer Stabilität* bescherten. Diese Faktoren waren auch entscheidend für den überragenden Wahlsieg der AKP. Darüber hinaus hat sich die Partei auf Betreiben Erdoğan's deutlich in Richtung der politischen Mitte bewegt, sowohl programmatisch als auch



personalpolitisch. Vom Wählerpotenzial her gesehen kann sie als Volkspartei bezeichnet werden.

Für die weitere Entwicklung in der Türkei werden vor allem die *konsequente Fortsetzung der wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Reformen* von Bedeutung sein. Premierminister Erdoğan hat bereits angekündigt, dass der Beratungsvertrag mit dem IWF für das Reformpaket zur Wirtschaftsliberalisierung und -konsolidierung verlängert werden soll. Ein vorrangiges Projekt der AKP ist die Erarbeitung einer *neuen zivilen Verfassung*, die zur Neujustierung der Gewaltenteilung führen wird. Vor allem soll mit ihr das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden, indem Entscheidungen aller staatlichen Organe – einschließlich des Staatspräsidenten, des Militärs und der Militärgerichte – der Kontrolle ziviler Gerichte unterstellt werden. Die Vollmachten des Präsidenten sollen eingeschränkt und die Unabhängigkeit der Justiz gestärkt werden. Erdoğan möchte die neue Verfassung möglichst schon im Frühjahr 2008 durch eine Volksabstimmung legitimieren.

Für die Normalisierung der politischen Lage wird das Verhalten der AKP-Mehrheit gegenüber der säkularen Opposition wichtig sein. Dazu gehört auch ein *konstruktives Verhältnis zum Militär*. Die politische Krise im Vorfeld der Neuwahlen wurde mit der Veröffentlichung eines harschen Memorandums auf der Internetseite des Generalstabs in Verbindung gebracht, die als indirekte Putschdrohung verstanden wurde. Noch kurz vor der Wahl GÜls zum Staatspräsidenten hatte Generalstabschef Yaşar Büyükanıt in einer Erklärung die Entschlossenheit des Militärs zur Verteidigung der kemalistischen Prinzipien und der laizistischen Staatsordnung bekräftigt. Ein Putsch ist allerdings wenig wahrscheinlich. Sollte die AKP den Eindruck vermitteln, die laizistische Verfassung der Republik ändern zu wollen, sind neue Konflikte jedoch nicht auszuschließen.

In der Außenpolitik wird es keine gravierenden Veränderungen geben. *Die EU-Beitrittsverhandlungen* werden weiterhin ganz oben auf der Agenda der Regierung Erdoğan stehen. Dabei ist zu erwarten, dass einerseits der seit 2006 erlahmte Reformprozess wieder beschleunigt wird. Andererseits wird die AKP dank ihres starken politischen Mandats gegenüber der EU selbstbewusster und fordernder in Bezug auf Eigeninteressen auftreten. So wird die Türkei z.B. die Festlegung eines konkreten Beitrittsdatums fordern. Nächster Stolperstein bei den Verhandlungen könnte die Zypernfrage werden, wo mit keinen wesentlichen Änderungen der türkischen Position zu rechnen ist. Im *Nahostbereich* wird die Türkei ihre Rolle als *regionale Macht* ausbauen und die Beziehungen insbesondere zu

den Nachbarländern Syrien und Iran intensivieren. Im Irak ist weiterhin die Möglichkeit einer militärischen Intervention gegen die PKK im kurdischen Norden des Landes nicht auszuschließen, was zu Friktionen mit den USA führen könnte.

Auf Parteebene wird die AKP ihre Bemühungen um *gute Beziehungen zur CDU* fortsetzen. Hier gibt es bereits solide Grundlagen und der Dialog sollte weiter intensiviert werden. Auf EVP-Ebene ist mit neuem Druck bei der Bewerbung um eine Assoziierte Mitgliedschaft der AKP zu rechnen.

Ankara, 30. August 2007

Jan Senkyr

Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Türkei



# ISRAEL

## IM VORFELD EINER NEUEN NAHOST-INITIATIVE

Das Hauptthema im Nahen Osten ist aktuell das geplante Treffen, zu welchem US-Präsident George Bush für November nach Washington einladen möchte. Bisher gibt es noch kein festes Datum, auch die Teilnehmer stehen noch nicht fest. Neben Israel und Vertretern der Palästinenser ist vor allem die Frage, welche arabischen Staaten zusagen werden. Davon wird wohl ein großer Teil des Erfolges der Konferenz abhängen. Saudi-Arabien hat Interesse an einer Teilnahme bekundet, hält sich aber eine endgültige Zusage noch offen. Diese wird u.a. davon abhängig gemacht, welchen Fortschritt Israelis und Palästinenser im Vorfeld der Konferenz erzielen können. Laut Medienberichten könnte das Treffen lediglich auf Außenministerebene stattfinden, wenn keine ausreichenden Fortschritte erzielt werden sollten. Klar ist jedoch, dass es keine Teilnehmer der „Achse des Bösen“ (Syrien, Iran) geben wird.

Premierminister Ehud Olmert und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas haben sich in den vergangenen Wochen mehrmals getroffen, sowohl in Jerusalem, als auch in palästinensischen Gebieten. Beide Politiker haben gemeinsam, dass sie innenpolitisch geschwächt sind und wohl nur durch einen Durchbruch bei den Verhandlungen überhaupt eine politische Zukunft mit ihrer jeweiligen Regierung haben. Ihre Schwäche ist so derzeit auch eine Chance für eine Wiederbelebung des Friedensprozesses.

Ehud Olmert steht nach wie vor unter Druck: gegen ihn laufen Ermittlungen in einer Reihe von Fällen wie Unregelmäßigkeiten bei privaten Immobiliengeschäften bis zu Vorwürfen von parteipolitischen Besetzungen in früheren Ministerämtern. Außerdem wird demnächst der zweite Bericht der Winograd-Kommission vorgelegt, welche das Handeln der Regierung während des Libanon-Kriegs im Sommer 2006 untersucht. Der erste Teil des Berichtes hatte Olmert schon im April in große Schwierigkeiten gebracht, da der

Bericht von einem weitgehenden Versagen der Regierung sprach. Generalstabschef Halutz war bereits vor der Veröffentlichung zurückgetreten. Verteidigungsminister Amir Peretz hat die kurz darauf stattfindenden Vorwahlen in der Arbeitspartei verloren. Olmert konnte durch die Aufnahme des neuen Chefs der Arbeitspartei, Ehud Barak, in die Regierung seine Koalition zunächst stabilisieren. Barak hat ein Ausharren in der Koalition bis zur Veröffentlichung des zweiten Teiles des Winograd-Berichtes vereinbart. Der noch ausstehende Teil des Berichtes wird möglicherweise auch Vorschläge mit Konsequenzen für führende Regierungsmitglieder, darunter Ehud Olmert enthalten. Bisher ist das Datum der Veröffentlichung nicht bekannt, steht aber in absehbarer Zeit bevor.

Derzeit versucht Ehud Olmert, die Position der israelischen Regierungen seit dem Scheitern von Camp David im Jahr 2000 – nämlich, dass es keinen Partner auf palästinensischer Seite gebe – zu revidieren. Seit dem Auseinanderbrechen der Einheitsregierung nach der brutalen Machtübernahme der radikal-islamischen Hamas und dem kaum vorhandenen bzw. völlig gescheiterten Widerstand der Fatah im Gazastreifen im Juni erkennt Olmert in Abbas einen Partner, den er stärken möchte. Im Kabinett sitzt nun allerdings als Verteidigungsminister Ehud Barak – der Schöpfer der Vorstellung, dass es keinen Partner gebe. Bisher hält sich Barak sehr zurück mit öffentlichen Meinungsäußerungen. Allerdings lässt er klar erkennen, dass die Sicherheit Israels ohne Kompromisse im Vordergrund steht. Für Olmert stellt er insofern eine Gefahr dar, als er aus der Koalition ausbrechen und vorgezogene Neuwahlen provozieren könnte. In so einem Fall hätte zwar Likud-Führer Benjamin Netanjahu nach aktuellen Umfragen immer noch klare Mehrheiten, auch wenn nach dem schwächer als erhofften Abschneiden von Netanjahu bei internen Likud-Vorwahlen im August die Hoffnung abgenommen hat, die Kadima-Regierung zu Neuwahlen drängen zu können.

Ehud Barak holt beständig auf und könnte in absehbarer Zeit die Situation für gekommen halten, sich Wahlen zu stellen. Kadima hätte derzeit keine Chance, Regierungspartei zu bleiben.

Die Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen hat eine Trennung zwischen Westjordanland und Gaza mit sich gebracht, welche in nächster Zeit kaum zu überwinden sein dürfte. Dass im Westjordanland die Hamas Abbas derzeit wohl nicht ernsthaft gefährden kann, liegt vor allem auch an den israelischen Sicherheitskräften, die dort gegen radikale Kräfte vorgehen. Die Übergangsregierung unter Salam Fayyad hat sich zwar die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zur Hauptaufgabe gemacht, hat aber erst jüngst wieder öffentlich zugeben müssen, dass dies von ihr nicht garantiert werden kann. Die Zusammenarbeit und Koordination zwischen israelischen und palästinensischen Sicherheitskräften auf höchster Ebene wurde erst in den letzten Tagen wieder verstärkt.

Die öffentlich angekündigten Gespräche zwischen Olmert und Abbas wecken einerseits große Erwartungen. Die Verhandlungen werden offenbar mit großer Ernsthaftigkeit geführt und dem Willen, ein konkretes Ziel zu erreichen: nämlich die Formulierung von Rahmenbedingungen für ein zukünftiges Abkommen. Noch bis Juni hatte sich Olmert immer wieder geweigert, mit Palästinensern über einen „politischen Horizont“ zu verhandeln. Nun gehen die Gespräche sogar darüber hinaus, insofern auch Elemente einer zukünftigen Einigung diskutiert werden. Die Strategie ist nach dem sog. „Olmert-Peres-Plan“, sich auf den territorialen Aspekt des Konfliktes zu konzentrieren und das Thema Flüchtlinge und die Jerusalem-Frage zunächst nicht in den Vordergrund zu stellen. Es ist zu erwarten, dass die Gespräche erfolgreich sein werden und die von Bush angekündigte Konferenz substantiell vorbereiten.

In Bezug auf die Hamas verfolgt Palästinenserpräsident Abbas öffentlich eine klare Linie: Kontakte mit der Hamas werden gemieden, neue Verhandlungen oder ein Dialog etwa zu einem neuen Versuch einer Regierung der nationalen Einheit unter Einschluss von Hamas werden abgelehnt – auch wenn es inoffiziell Gespräche darüber gibt. Auch in die Vorbereitungen zur Konferenz in Washington wird Hamas nicht einbezogen. Immer noch gibt es gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Anhängern von Fatah und Hamas im Gazastreifen.

Abbas hofft offenbar, dass er mit einem positiven Ergebnis aus Washington zurückkommen und dann die palästinensische Öffentlichkeit in einem Referendum hinter sich bringen kann – ohne der Hamas Zuge-

ständnisse machen zu müssen. Ob diese Rechnung aufgeht, ist mehr als fraglich: in Umfragen gibt es zwar regelmäßig auf palästinensischer Seite Mehrheiten für eine grundsätzliche Aussöhnung mit Israel, aber auch Mehrheiten gegen Kompromisse bei den drei Hauptproblemen: Landtausch auf der Grundlage der Grenzen von 1967, Teilung von Jerusalem und Entschädigung der Flüchtlinge von 1948 anstelle eines prinzipiellen Rechts, auf israelisches Staatsgebiet zurückkehren zu dürfen. Abbas wird nach einer Einigung mit der israelischen Seite wohl auch zunehmend unter Druck geraten, eine Lösung für das gesamte palästinensische Volk zu suchen und die Macht der Palästinensischen Autonomiebehörde auch im Gazastreifen durchzusetzen. Nicht zu unterschätzen ist auch das Störpotenzial der Hamas für jegliche Umsetzung einer Einigung.

Auch Neuwahlen wären ein heikles Spiel: Hamas und Fatah liegen in Umfragen synchron ungefähr gleichauf, wobei anachron die Hamas an Unterstützung verliert, die Fatah jedoch nicht hinzugewinnt. Auf israelischer Seite ist die Öffentlichkeit zwar nach wie vor für eine weitgehende Räumung des Westjordanlandes, glaubt allerdings nicht daran, dass dies in absehbarer Zeit realisierbar ist.

Die Frage ist also im Moment weniger, ob es eine Einigung zwischen Premierminister Olmert und Palästinenserpräsident Abbas geben wird – daran sind beide ernsthaft interessiert – und ob dies dann zu einer Voraussetzung für eine erfolgreiche Konferenz in Washington führt, wovon auszugehen ist. Die entscheidende Frage ist vielmehr, ob diese Einigung dann auch umgesetzt werden kann. Die öffentliche Meinung stellt dabei nach aktuellen Umfragen für beide Politiker eine größere Herausforderung bei der Umsetzung einer Einigung dar, als dies etwa in der Zeit von Camp David für die damaligen Politiker Ehud Barak und Jassir Arafat der Fall gewesen war.

Während unter Palästinensern die Hauptsorge ist, dass vorläufige Regelungen und temporäre Vereinbarungen zu einem permanenten Zustand werden, ist die Sorge vieler Israelis, das Endstatusvereinbarungen wieder zu vorläufigen Ausgangspunkten für weitere Forderungen werden.

Die bisher als einzig denkbare Lösung angestrebte Zwei-Staaten-Lösung gerät zudem zunehmend in Gefahr. Die Bedingungen zur Schaffung eines palästinensischen Staates werden zunehmend schwieriger, nicht zuletzt aus innerpalästinensischen Gründen. Schon unterstützen in aktuellen Umfragen nur noch knapp die Hälfte der Palästinenser die Weiterführung der Palästinensischen Autonomiebehörde, ein Viertel

unterstützt ein internationales Trusteeship, 16 Prozent unterstützen gar die Rückkehr zur israelischen Besatzung.

Auf politischer Ebene werden sowohl in Israel als auch unter Palästinensern alle alternativen Vorstellungen im Moment offiziell beiseite geschoben. Dennoch gibt es zunehmend Überlegungen, was auf das Scheitern einer Zwei-Staaten-Lösung folgen könnte. Palästinensische Intellektuelle verfolgen z.B. das Modell eines einzigen, binationalen Staates zwischen Jordan und Mittelmeer. Dies würde das Ende des jüdischen Staates bedeuten. Sowohl in Jordanien, als auch unter Palästinensern und Israelis wird auch die Idee einer Konföderation mit Jordanien reflektiert – entweder vor einer Gründung (dies unterstützen immerhin ein Viertel der Palästinenser in aktuellen Umfragen) oder nach einer Gründung eines palästinensischen Staates. Dafür gibt es derzeit keine entscheidenden Mehrheiten, wenn auch diese Idee an Dynamik gewinnt. Die geplante Konferenz in Washington ist eine Gelegenheit, die Zwei-Staaten-Lösung voranzubringen, wenn nicht überhaupt zu retten.

*Jerusalem, 31. August 2007*

*Dr. Lars Hänsel*

*Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel*

# PALÄSTINENSISCHE AUTONOMIEGEBIETE

## DIE AKTUELLE POLITISCHE SITUATION IN STICHWORTEN

### **SITUATION NACH DER MACHTÜBERNAHME DER HAMAS IM GAZA-STREIFEN**

- Die Hamas konnte ihre Position im Gaza-Streifen, wo mit ca. 1,4 Millionen Bewohnern etwa 40 Prozent der Bevölkerung der Palästinensischen Autonomiegebiete leben, nach der Machtübernahme Mitte Juni konsolidieren. Höherrangige Mitglieder der Fatah haben den Gaza-Streifen verlassen, Oppositionelle werden eingeschüchert und die Pressefreiheit massiv eingeschränkt.
- Darüber hinaus ist es der Hamas jedoch gelungen, die jahrelange Instabilität des Gaza-Streifens, geprägt von internen Kämpfen zwischen rivalisierenden Clans, politischen Gruppen und kriminellen Banden, zu beenden und eine gewisse innere Sicherheit wiederherzustellen. Höhepunkt war die medienwirksam inszenierte Befreiung des BBC-Journalisten Alan Johnston.
- Die Isolierung des Gaza-Streifens führt zu einer humanitären Krise: Nach Schätzungen liegt die Arbeitslosigkeit bei 70 Prozent. Die Menschen hungern nicht, sind jedoch von Hilfslieferungen abhängig. Wasser, Strom und Treibstoff können weiterhin ausschließlich über Israel bezogen werden.
- Darüber hinaus gehen der Beschuss Israels mit Kassam-Raketen ebenso weiter wie die militärischen Reaktionen Israels darauf.

### **ENTWICKLUNG IN DER WESTBANK**

- Zeitgleich mit der Machtübernahme der Hamas im Gaza-Streifen gelang es der Fatah und vor allem Präsident Abbas, ihre Macht im anderen Gebietsteil, der Westbank, zu konsolidieren.

- Abbas löste im Juni die Einheitsregierung aus allen Parteien unter Hamas-Premierminister Haniyeh auf und ernannte vorerst eine Notstandsregierung, bestehend aus unabhängigen Technokraten, unter der Führung des westlich orientierten ehemaligen Finanzministers Salam Fayyad.
- Gemäß der palästinensischen Verfassung löste Abbas diese Notstandsregierung nach 30 Tagen auf und ernannte Mitte Juli eine personell nur etwas erweiterte Übergangsregierung. Nach Auffassung vieler Verfassungsexperten kann diese so lange amtieren, bis das Parlament (Palästinensischer Legislativrat) wieder zusammentritt. Die Mehrheitsfraktion Hamas verhindert ein Zusammentreten aufgrund der Inhaftierung vieler ihrer Abgeordneter in Israel.<sup>1</sup>
- Hamas lehnt die Übergangsregierung als verfassungswidrig ab und regiert im Gaza-Streifen mit den dortigen Mitgliedern der abgesetzten Einheitsregierung.
- Die internationale Gemeinschaft nahm ihre Hilfszahlungen für die Fayyad-Regierung wieder auf. So konnte die Palästinensische Autonomiebehörde – auch in Gaza – erstmals seit Monaten wieder Gehälter auszahlen. Dadurch konnte eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen in der Westbank erreicht werden.

### **PERSPEKTIVEN FÜR DEN FRIEDENSPROZESS MIT ISRAEL**

- Sowohl die internationale Gemeinschaft, als auch Israel begrüßten die Bildung einer moderaten Regierung in der Westbank und nahmen die bilateralen Beziehungen wieder auf. Die neue Regierung und vor allem Präsident Abbas verfolgen das Ziel, den Friedensprozess mit Israel voranzutreiben. Es zeichnet sich ein viel versprechender diplomatischer Horizont ab.

- In den letzten drei Monaten kam es zu einer Reihe von Gipfeltreffen, sowohl auf regionaler Ebene unter Einbeziehung der friedensbereiten arabischen Staaten Ägypten und Jordanien, als auch auf bilateraler Ebene zwischen Abbas und dem israelischen Ministerpräsidenten Olmert.
- Dabei zielt Olmert eher auf eine unverbindlichere Prinzipienklärung ab, während Abbas anstrebt, bereits jetzt den Rahmen für einen künftigen palästinensischen Staat festzulegen – nicht zuletzt, um so die interne Spaltung der Palästinenser zu überwinden.
- In diesem Rahmen soll das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge nach Westbank und Gaza ebenso festgeschrieben werden, wie die Aufteilung Jerusalems und ein Gebietstausch als Ausgleich für die israelischen Siedlungen in der Westbank. Letztlich ist eine Mischung aus dem Beinahe-Verhandlungsergebnis von Camp David, den Clinton-Parametern und der Genfer Initiative im Gespräch.
- In den letzten Wochen fanden etliche vertrauensbildende Maßnahmen statt:
  - Überweisung zurückgehaltener palästinensischer Zölle und Steuern.
  - Freilassung von mehreren hundert mit Fatah affilierten Gefangenen.
  - Amnestieangebot für gesuchte Kämpfer der Fatah-milizen im Austausch gegen eine deren Entwaffnung und Gewaltverzichtserklärung.
  - Die USA möchten die Aufstellung palästinensischer paramilitärischer Einheiten in der Westbank unterstützen.
- Diese diplomatischen Bemühungen sind im Kontext einer für Herbst 2007 von den USA angekündigten Friedenskonferenz zu sehen.
- Sollten diese Entwicklungen eine signifikante Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen in der Westbank bringen, wird dies einen Anreiz für den Gaza-Streifen bedeuten, ebenfalls den moderaten Weg einzuschlagen. Dazu wird die Kooperation der israelischen Seite ebenso nötig sein, wie ein Minimum an humanitärer Hilfe für die Bevölkerung im Gaza-Streifen.
- Die Friedensbereitschaft der meisten arabischen Nachbarstaaten mit Israel bedeutet dabei ein historisches Zeitfenster, für dessen Nutzung ein Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern der Schlüssel ist.

*Ramallah, 31. August 2007*

*Thomas Birringer*

*Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in den Palästinensischen Autonomiegebieten*

1) *Damit das Parlament zusammentreten kann, muss mindestens die Hälfte der 132 Abgeordneten teilnehmen. Hamas kann dies aufgrund ihrer absoluten Mehrheit verhindern. Hintergrund ist, dass aufgrund der Inhaftierung vieler Hamas-Abgeordneter das Parlament zwar nach wie vor dieses Quorum überschreiten könnte, Hamas in diesem Falle jedoch nicht mehr über eine Mehrheit verfügte.*

AFRIKA

# SÜDAFRIKA

## DIE ÄRA VON PRÄSIDENT THABO MBEKI GEHT ZU ENDE

Die für das erste Halbjahr 2009 erwarteten Wahlen bestimmen in Südafrika inzwischen die Berichterstattung in den Medien. Auch die Parteien orientieren sich in ihrer Arbeit zunehmend an diesem Datum. Es ist davon auszugehen, dass der *African National Congress* (ANC) als dominante Partei auch künftig die Geschicke des Landes maßgeblich bestimmen wird. Dennoch handelt es sich um eine spannende Entscheidung. Nach zwei Amtsperioden kann der Nachfolger von Nelson Mandela, Thabo Mbeki, nicht wieder gewählt werden. Für das politische System wird die Frage bedeutend sein, ob der ANC weiter mit einer 2/3-Mehrheit ausgestattet sein wird, die ihm durch die *Floor Crossing*-Regelung im September 2005 zufiel.

Bereits Anfang Juni 2007 fand der Parteitag der stärksten Oppositionspartei *Democratic Alliance* (DA) in Midrand bei Johannesburg statt, bei dem die charismatische Bürgermeisterin von Kapstadt, Helen Zille, als Nachfolgerin von Tony Leon mit 72 Prozent zur Vorsitzenden gewählt wurde. In Kapstadt setzte Helen Zille seit ihrer Wahl im April 2006 eine Politik um, die alle Bürger der vielschichtigen Gesellschaft einbezieht und gegen Korruption konsequent vorgeht. Mit ihrem Konzept der *Open Opportunity Society* grenzt sie sich und ihre Partei deutlich vom ANC und dessen zunehmend zentralistischen Politikvorstellungen ab.

Personelle Veränderungen in der Parteiführung sind vom IFP-Parteitag Anfang Oktober 2007 nicht zu erwarten. Vielmehr beabsichtigt die *Inkatha Freedom Party* (IFP) mit einem modernen, auf konservativen Werten basierenden Parteiprogramm aufzutreten. Als offene, gleichwohl überwiegend schwarze Partei mit landesweitem Anspruch kann IFP eine sozial-konservative Alternative zum ANC darstellen. Diese Chance besteht vor allem deshalb, weil der ANC sich im Vorfeld der Kandidatenentscheidung für die Wahlen zum Parteivorsitz im Dezember 2007 und die Präsidentschaftswahlen 2009 von seinen Partnern in der *Trip-*

*tite Alliance*, der *South African Communist Party* (SACP) und dem Gewerkschaftsverband COSATU, zu einer linken (Wirtschafts-) Politik gedrängt sieht.

Gleich zwei Parteitage hat der ANC angesetzt. Vom 26. – 30. Juni 2007 fand die *ANC Policy Conference* mit mehr als 1.500 Mitgliedern ebenfalls in Midrand statt; im Dezember 2007 folgt der Wahlparteitag in Polokwane in der Provinz Limpopo. Trotz dieser Trennung war bereits die *Policy Conference* von der Nachfolgedebatte für den Parteivorsitz und den Präsidentschaftskandidaten überschattet.

Ausgetragen wird der Kandidatenkonflikt vor allem in der Frage der zukünftigen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik. Mit Wachstumsraten zwischen fünf und sechs Prozent boomt die südafrikanische Wirtschaft. Die jüngsten Arbeitsmarktzahlen sind dennoch enttäuschend. Lediglich 17.000 neue Arbeitsplätze wurden in den Monaten Januar bis März 2007 geschaffen, viel zu wenig angesichts der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit, die offiziell bei 25,5 Prozent liegt, breiter gefasst jedoch annähernd 40 Prozent erreicht. Die Regierung bekennt sich weiterhin zum makroökonomischen *Growth, Employment and Redistribution Programm* (GEAR) und der *Accelerated and Shared Growth Initiative* (ASGISA). Aus den Reihen des ANC werden diese Programme jedoch mehr und mehr als unzureichend in Frage gestellt. Kontrovers wird das Konzept eines *developmental state* in Anlehnung an die asiatischen Erfahrungen diskutiert. Dabei reichen die Vorstellungen von einer interventionistischen Marktwirtschaft bis hin zu einem staatlich gesteuerten Wirtschaftssystem, das vor allem SACP und Teile von COSATU vertreten.

Zwei Kandidaten stehen für die beiden Lager im ANC. Der ehemalige Vizepräsident des Landes, Jacob Zuma, ist der Kandidat von SACP, Youth League, Womens League und weiten Teilen von COSATU. Der aus der Provinz KwaZulu-Natal stammende Zuma präsentiert

sich als linker Populist. Zuma wurde in einem Verge-waltigungsprozess, den seine HIV-positive Gefährtin anstrebte, mangels Beweisen freigesprochen. In Ka-rikaturen wird er seitdem mit einer Dusche im Rücken dargestellt, seinem Argument, mit dem er eine AIDS-Übertragung ausschloss.

Mit dem ehemaligen Premier der Provinz Gauteng, Tokyo Sexwale, kandidiert ein erfolgreicher Unterneh-mer, der aus der Politik zunächst ausschied und sich nun als Kandidat für die Parteiführung zur Verfügung stellt. Sexwale erfährt Unterstützung aus Unterneh-merkreisen. Das Regierungslager hält sich eher be-deckt. Weitere Kandidaten werden genannt: Kgalema Motlanthe, der Generalsekretär der Partei, wird häufig als möglicher Kompromisskandidat ins Gespräch ge-bracht, der für alle Lager akzeptabel sei. Präsident Mbeki brachte eine Frau als seine Nachfolgerin ins Spiel und nennt sowohl Außenministerin Nkosazana Dlamini-Zuma als auch seine Vizepräsidentin, Phum-zile Mlambo-Ngcuka.

Deutlich zurückhaltend agiert der ehemalige General-sekretär des ANC, Cyril Ramaphosa, heute ebenfalls ein erfolgreicher Unternehmer, dessen Name immer wieder auftaucht. Weitere Minister werden als Kandi-daten genannt: Verteidigungsminister Mosiuoa Lekota und der anerkannte Finanzminister Trevor Manuel. In jüngster Zeit taucht als Mbekis bevorzugter Kompro-misskandidat der *Head of Policy Coordination and Advisory Services in the Presidency*, Joel Netshitenz-he, auf. Auszuschließen ist nicht, dass ein bisher nicht genannter Kandidat in den kommenden Wochen aufgebaut wird.

Heftig diskutiert wird die Frage, ob die Tradition des ANC weiter Bestand haben soll, nach der der gewählte Parteipräsident automatisch der künftige Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten sein soll, angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Land folglich der nächste Staatspräsident. Bei dieser Debatte kommt der amtie-rende Parteipräsident, Thabo Mbeki, ins Spiel, der auf der *Policy Conference* eine Kandidatur für den Partei-vorsitz nicht ausschloss. Das Zuma-Lager lehnt *two centres of power* entschieden ab. In den Medien wird dazu spekuliert, dass Mbeki in der Parteizentrale im *Luthuli House* das eigentliche Machtzentrum etablieren und von dort dominant Einfluss auf die künftige Regie-rungspolitik genommen werden könnte. Das bereits als *delicate balance between state and the party* dargestellte Verhältnis könnte sich dadurch weiter verschärfen.

Da sich die Medien vor allem mit der Personalfrage und den parteiinternen Machtkonstellationen des ANC-Parteitags auseinandersetzen, traten drei wichtige

demokratie- und verfassungspolitische Themen des Parteitages in den Hintergrund: die Reform der *Floor Crossing*-Regelung, die Reform des Wahlrechts und die künftige Rolle der Provinzen.

## FLOOR CROSSING

Auf Betreiben der damaligen Oppositionspartei *Democ-ratic Party* (DP) wurde im Jahr 2002 die so genannte *Floor Crossing*-Regelung in die Verfassung aufgenom-men. Nach dieser Regelung können Abgeordnete, die die Partei/Fraktion, der sie angehören, wechseln wol-len, im Verlauf einer Legislaturperiode (fünf Jahre) in einem Zeitfenster von jeweils 15 Tagen unter Mitnah-me des Mandats zu einer anderen Partei/Fraktion übertreten. Bei der Ausgestaltung der Verfassungs-regelung sind zwei Punkte problematisch:

- Es müssen mindestens zehn Prozent der Mitglieder einer Partei/Fraktion zum Parteiwechsel bereit sein.
- Es können auch neue Parteien/Fraktionen gebildet werden, die nicht zur Wahl angetreten waren.

Beide Regelungen begünstigen angesichts der Einpar-teiendominanz den ANC. Während bei den kleinen Parteien mit bis zu zehn Parlamentsmitgliedern jeder Abgeordnete beliebig wechseln kann, müssen sich beim ANC fast 30 Abgeordnete einig sein. Die andere Regelung trägt zur weiteren Zersplitterung des Oppo-sitionslagers bei, da es auch keine Prozentklausel gibt.

Im Vorfeld des ANC-Parteitages war eine Änderung dieser einseitigen Regelung erwartet worden, die allerdings nicht stattfand. Immerhin 63 Prozent der Bevölkerung lehnen nach einer Umfrage in 2004 *Floor Crossing* ab (IDASA, Mai 2006). Die Oppositionspar-teien sind sich in ihrer Ablehnung einig. IFP wandte sich von Beginn an die entschieden gegen die *Floor Crossing*-Regelung. Für deren Parteipräsident, Mango-suthu Buthelezi, wird damit der Wählerwille verfälscht und die Mehrparteiendemokratie ausgehöhlt. Nun steht in der ersten Septemberhälfte die nächste *Floor Crossing*-Periode diesmal auf allen drei Regierungse-benen gleichzeitig an. Insbesondere auf Provinzebene, aber auch bei knappen Mehrheiten in den Munizipien, werden von der Opposition deutliche Verschiebungen zugunsten des ANC befürchtet. Besonders spannend wird die Entwicklung in Kapstadt sein, der einzigen Metropole, die nicht vom ANC sondern von einer Koali-tion aus sieben Parteien unter Führung der DA regiert wird. Vor den Kommunalwahlen in 2006 wechselte die Stadtregierung in Kapstadt aufgrund von zwei *Floor Crossing*-Perioden zum ANC.



## REFORM DES WAHLSYSTEMS

Besonders kritisch ist die *Floor Crossing*-Regelung angesichts des gültigen Wahlsystems zu bewerten. Die liberale Verfassung Südafrikas verlangt lediglich eine proportionale Zusammensetzung des Parlaments (Chap. 4 § 46). Da eine gesetzliche Regelung des Wahlrechts bisher nicht erfolgte, finden die Wahlen auf der Grundlage von geschlossenen Parteilisten statt. In der Praxis führt das zu einer starken Abhängigkeit der Abgeordneten von der jeweiligen Partei. Ohne den Rückhalt eines Wahlkreises und der dortigen Wähler ist es für den einzelnen Abgeordneten schwierig, eine von der Partei unabhängige Position zu vertreten, da er damit seine Wiederaufstellung als Kandidat auf der Parteiliste gefährdet. Aktuelles Beispiel ist die stellvertretende Gesundheitsministerin, Nozizwe Madlala-Routledge. Wegen fortgesetzter Kritik der Regierung und einer zwar beantragten aber zum Zeitpunkt des Antritts vom Präsidenten nicht genehmigten Reise nach Spanien, entließ sie Präsident Mbeki aus seinem Kabinett und machte damit von seinem verfassungsmäßigem Recht Gebrauch. Nach Medienberichten (*Sowetan*, 20. August 2007; *The Star*, 21. August 2007) wird sie nun möglicherweise ihr Abgeordnetenmandat verlieren und aus der Partei ausgeschlossen. In jedem Fall dürfte eine Aufstellung auf der ANC-Liste bei der nächsten Wahl zum Parlament ausgeschlossen sein.

Die Oppositionsparteien verlangen einhellig eine Änderung des Wahlrechts. Sie sehen sich mit dem Parteilistensystem vor allem deshalb benachteiligt, weil sie ohne Wahlkreise ihre Kandidaten den Wählern an der Basis nicht bekannt machen können. Gefordert wird ein gemischtes Wahlsystem, wie es das von Präsident Mbeki eingesetzte *Electoral Task Team* (ETT) bereits 2002 empfohlen hatte. Eine Reform des Wahlrechts wurde beim ANC Parteitag nicht beschlossen. Wie bei den beiden zurückliegenden Wahlen zum Nationalen Parlament wird auch für die Wahlen in 2009 mit geschlossenen Parteilisten gewählt werden.

## ROLLE DER PROVINZEN

Ebenfalls ein Konfliktpunkt zwischen der Regierung und der Opposition ist die künftige Rolle der Provinzen. Das in der Verfassung geregelte *Cooperative Government Model* mit den drei Regierungsebenen war ein Kompromiss zwischen dem vom ANC favorisierten Zentralstaat und dem föderativen Staatsmodell, das insbesondere IFP entschieden vertrat. In der Praxis zeigt sich nun, dass vor allem auf Provinz- und lokaler Ebene effektive Regierungs-, Parlaments und Verwaltungsstrukturen teilweise nicht ausreichend vorhanden sind. Für den ANC ist das Anlass, die Rolle

der Provinzen in Frage zu stellen, während die Oppositionsparteien unter Führung von DA und IFP die Beibehaltung des dezentralen Staatsaufbaus verlangen und den bestehenden Trend zur Zentralisierung von Funktionen auf nationalstaatlicher Ebene entschieden ablehnen. Stattdessen sollte eine ausreichende finanzielle Ausstattung und das notwendige *Capacity Building* sichergestellt werden.

Vier Szenarien sind in der Diskussion:

- Beibehaltung der neun Provinzen in ihren bestehenden Grenzen; *Capacity Building* zur Sicherstellung eines effizienten öffentlichen Dienstleistungssektors besonders auf Provinz- und lokaler Ebene.
- Reduzierung der Provinzebene zu Verwaltungseinheiten, die Direktiven der nationalen Regierung ausführen; Provinzparlamente würden überflüssig.
- Auflösung der Provinzebene und Beibehaltung lediglich der nationalen und der lokalen Ebene. Zwischen beiden Ebenen könnten regionale Koordinationsinstanzen entstehen.
- Reduktion der Anzahl der Provinzen von derzeit neun auf fünf oder sechs Provinzen.

Der Meinungsbildungsprozess über die künftige Rolle der Provinzen und damit eines konstitutiven Elements des politischen Systems Südafrikas ist nicht abgeschlossen. Die Infragestellung der Provinzebene, insbesondere von deren Legislativorganen, würde eine substantielle Änderung der Verfassung bedeuten und damit von dem erzielten *Kempton Park Kompromiss* abrücken. Nach Ansicht der Opposition würde sowohl die Abschaffung der Provinzen als auch deren Reduzierung die bestehende Einparteiendominanz in Südafrika auf lange Sicht zementieren. Erstere Option führt zu einem zentralstaatlichen Modell, während langfristig strukturelle Mehrheiten für den ANC Ergebnis der zweiten Variante wären.

Johannesburg, 21. August 2007

Dr. Werner Böhler

Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Südafrika

# SIMBABWE

## EINE DEMOKRATIE WIE JEDE ANDERE?

Seit Ende der 1990er Jahre hat Simbabwe einen rasanten wirtschaftlichen Niedergang erlebt, der sich in den letzten Jahren weiter beschleunigt hat. Das Land leidet unter einer Hyperinflation von rund 8.000 Prozent, die Arbeitslosigkeit liegt bei 80 Prozent, die landwirtschaftliche Produktion ist fast zum Erliegen gekommen, die Fabriken arbeiten nur noch mit ca. 20 Prozent ihrer Kapazitäten. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist von 62 auf 36 Jahre zurückgegangen. Der Großteil der Bevölkerung ist mit der Sorge um das tägliche Überleben beschäftigt, da es an Grundnahrungsmitteln und Treibstoff fehlt und die Einkommen mit der Hyperinflation nicht mithalten können.

Anfang 2007 wehrten sich Opposition und Zivilgesellschaft gegen das autokratische Regime von Präsident Mugabe, der das Land in den wirtschaftlichen Kollaps geführt hat. Am 11. März kamen unter Führung der *Christian Alliance* Anhänger der demokratischen Kräfte aus Opposition und Zivilgesellschaft, die sich im letzten Jahr zur *Save Zimbabwe Campaign* zusammengeschlossen hatten, zu einem öffentlichen Gebetstreffen in Harare zusammen. Noch bevor das Treffen richtig beginnen konnte, wurden mehrere Regimegegner aus dem Auto heraus verhaftet und misshandelt. Prominentestes Opfer war Morgan Tsvangirai, Anführer des größeren Flügels der Oppositionspartei MDC (*Movement for Democratic Change*). Proteste und das gewaltsame Vorgehen gegen die Opposition setzten sich in den folgenden Wochen fort.

Angesichts der sich zuspitzenden Lage berief die *Southern African Development Community* (Entwicklungsgemeinschaft südliches Afrika – SADC) für den 29. März 2007 ein außerordentliches Gipfeltreffen in Dar es Salaam, Tansania, ein. Der südafrikanische Präsident, Thabo Mbeki, wurde beauftragt, zwischen der Regierungspartei ZANU-PF (*Zimbabwe African National Union – Patriotic Front*) und der oppositio-

nellen MDC in Simbabwe zu vermitteln und der Entwicklungsgemeinschaft über den Verlauf zu berichten. Ferner wurde das SADC-Sekretariat aufgerufen, Maßnahmen zur Lösung der Wirtschaftskrise in Simbabwe zu erarbeiten. Den Verlautbarungen auf dem 27. SADC-Gipfeltreffen am 16. und 17. August in Lusaka, Sambia, zu Folge scheint sich allerdings weder politisch noch wirtschaftlich etwas zu bewegen.

„Politische Reformen sind in meinem Land nicht nötig, denn wir sind eine Demokratie wie jede andere Demokratie auf der Welt“, sagte der simbabwische Justizminister Patrick Chinamasa während des Gipfels Journalisten gegenüber. Einen Anstoß zu Reformen hatten Vertreter der Opposition und von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Simbabwe vom SADC-Gipfel und den vorausgegangenen Gesprächen erhofft, aber das Gegenteil war der Fall.

Der 83-jährige Präsident Mugabe, der das Land seit 1980 zunehmend autokratisch regiert, wurde von den Gipfelteilnehmern mit Applaus empfangen. Der Präsident Sambias und SADC-Vorsitzende, Levy Mwanawasa, würdigte Mugabe als Freiheitskämpfer gegen die britische Kolonialherrschaft und nannte als Grund für die Krise in Simbabwe die Sanktionen der EU und der USA. Er rief die simbabwische Bevölkerung auf, unbedingt Frieden und Stabilität zu erhalten. Noch wenige Tage zuvor hatte Präsident Mwanawasa das einst blühende und nun wirtschaftlich ruinierte Land eine „sinkende Titanic“ genannt, aber solche kritische Töne waren während des Gipfels nicht mehr zu vernehmen. Präsident Mwanawasa spielte die Probleme herunter und sagte, dass die Probleme Simbabwes übertrieben dargestellt worden seien und dass das Land die wirtschaftlichen Schwierigkeiten selbst lösen werde.

Nach außen hin sind damit politische Reformen vorerst nicht in Sicht, wirtschaftliche Hilfsprogramme ebenso wenig. Fraglich bleibt sicherlich, was sich hinter den

Kulissen abspielt. Gerüchten zu Folge wurde vor dem SADC-Gipfel die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit vorgeschlagen mit Verschiebung der für März 2008 geplanten Wahlen auf September 2008. Das war anscheinend nicht nach Mugabes Geschmack und vielleicht haben alle Beteiligten mit den öffentlichen Äußerungen beim Gipfel versucht, ihr Gesicht zu wahren. So bleibt zumindest die Chance für weitere Verhandlungen bestehen.

Die simbabwische Zivilgesellschaft, der teilweise mangelnde Geschlossenheit und fehlende Initiative vorgeworfen wird, erzielte einen Erfolg im Vorfeld des SADC-Gipfels: am 14. August trafen sich Vertreter der Zivilgesellschaft mit dem südafrikanischen Vermittlungskomitee in Pretoria und stellten gemeinsam vertretene Forderungen im Hinblick auf die Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition dar:

- Erarbeitung einer neuen Verfassung mit Partizipation der Bürger
- Reform der Wahlgesetzgebung
- Einstellung von Gewalt und Folter
- Bereitstellung von Nahrungsmitteln und Garantie von Sicherheit
- Aufhebung von repressiven Gesetzen
- Zugang zu freien Medien
- Rechtsstaatlichkeit
- Abhaltung freier und fairer Wahlen.

Herausforderung für die Zivilgesellschaft ist sicherlich, sich einerseits nicht von den Teilnehmern des Dialogs instrumentalisieren zu lassen und andererseits einen wirklich konstruktiven Beitrag zu leisten.

#### **MÖGLICHE SZENARIEN FÜR DIE WEITERE ENTWICKLUNG IN SIMBABWE**

Das *worst case*-Szenario beinhaltet eine Aufstand der Massen, das *best case*-Szenario eine Verhandlungslösung durch die SADC-Gespräche. Diese Lösung müsste aus Sicht der MDC – fast genauso wie die o.g. Forderungen der Zivilgesellschaft – die Verabschiedung einer neuen Verfassung beinhalten, eine Wahlreform, Abschaffung der Gesetze POSA (*Public Order and Security Act*) und AIPPA (*Access to Information and Protection of Privacy Act*), freie Medien, Möglichkeit für alle Parteien, in ihren Wahlkreisen aktiv zu sein, sowie freie und faire Wahlen. Die Verhandlungslösung hätte voraussichtlich die Einrichtung einer Übergangsregierung zur Folge. Dies und die geforderten Reformen würden Zeit in Anspruch nehmen, bevor dann Wahlen abgehalten werden könnten. Nach dem SADC-Gipfel vom August scheint diese Lösung allerdings noch nicht in Sicht zu sein.

Andere Szenarien beinhalten eine Veränderung innerhalb der Regierungspartei ZANU-PF mit Rücktritt Präsident Mugabes nach seiner Wiederwahl im März 2007. Die innerparteilichen Konflikte würden sich verschärfen. Nicht unwahrscheinlich ist auch, dass Mugabe nach den Wahlen seine voraussichtliche nächste Amtszeit bis zum Ende wahrnimmt und die Krise vorläufig weitergeht. Abzuwarten ist, ob vor dem für Dezember 2007 geplanten EU-Afrika-Gipfel in Portugal, zu dem auch Präsident Mugabe eingeladen werden soll, Bewegung in die Simbabwe-Gespräche kommt. Allerdings scheint es noch zu dauern, bis Simbabwe eine Demokratie wie jede andere sein kann.

*Berlin, 31. August 2007*

*Annette Schwarzbauer  
Länderreferentin der Konrad-Adenauer-Stiftung  
für das südliche Afrika*

# ELFENBEINKÜSTE

## HOFFNUNG AUF PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IM LAUFE DES JAHRES 2008

Seit dem Abkommen von Ouagadougou vom März dieses Jahres bekleidet der Chef der Rebellen, Guillaume Soro, auf Wunsch des Präsidenten Laurent Gbagbo, das Amt des Premierministers. Die Umsetzung des in dem Abkommen von Ouagadougou skizzierten Wegs aus der Krise erweist sich als langwierig. Gegenüber dem im Abkommen angegebenen Zeitplan ist man zwei Monate in Verzug. Doch seit sich die ehemaligen Krieggegner Gbagbo und Soro die Macht teilen, mangelt es nicht an symbolischen Gesten und Bekenntnissen zum Frieden und zu schnellen Wahlen.

Mitte Juni versammelten sich in Yamoussoukrou erstmals die wichtigsten politischen Führer der Elfenbeinküste sowie der Vermittler in der Krise, der Präsident Burkina Fasos, Blaise Compaoré. Im Anschluss an das Treffen nannte Präsident Compaoré das erste Trimester 2008 als Zeitraum für die geplanten Wahlen. Laut Vertrag von Ouagadougou soll ein derartiges Treffen der wichtigsten Führer in regelmäßigen Abständen stattfinden und den Friedensprozess begleiten.

Dass jedoch keineswegs überall Zustimmung zu dem begonnenen Weg herrscht, zeigt das Attentat auf Guillaume Soro Ende Juni. Beim Landeanflug auf den Flughafen in Bouake, der Hauptstadt des Nordens, wurde die Fokker 100 des Premierministers mit Raketen beschossen. Vier Menschen kamen dabei ums Leben, Premierminister Soro blieb unverletzt. Die Attentäter sind unbekannt. Guillaume Soro behauptet, die Täter zu kennen, will jedoch den Ergebnissen der Untersuchungskommission nicht vorgreifen. Die Spekulationen hierzu gehen in alle Richtungen.

Da sich der Angriff in Bouake, der Hauptstadt der Rebellion, ereignete, fiel der erste Verdacht auf Soros eigene Leute. Viele Stadtkommandanten, die sich in Kriegs- und Krisenzeiten bereichern konnten, sehen durch den Frieden ihre Einkommensgrundlage bedroht. Doch Soro, um seine Position als Chef der

Rebellen besorgt, ließ sofort verlauten, dass es sich nicht um einen Angriff aus dem eigenen Lager handelte.

Dass Präsident Gbagbo selbst Drahtzieher des Angriffs ist, ist unwahrscheinlich, da Gbagbo es war, der Soro als Premierminister gewinnen wollte. Darüber hinaus wäre für ihn die Durchführung eines solchen Anschlags im Norden des immer noch geteilten Landes schwierig. Trotzdem könnten Leute aus dem Umfeld Gbagbos hinter dem Anschlag stecken, die den Friedensprozess torpedieren wollen. Öffentlich verdächtigt wurde auch der ehemalige Rebell Ibrahim Coulibaly, der sich mit Soro entzweit hatte, als dieser als Chef der gesamten Rebellenbewegung auftrat. IB, wie Ibrahim Coulibaly genannt wird, dementierte jedoch umgehend. Man wird die Ergebnisse der Untersuchungskommission abwarten müssen.

Um dennoch den Willen zur Versöhnung zu demonstrieren, wurde am 30. Juli in einer medienwirksamen Aktion in Bouake, im Norden des Landes, in Anwesenheit mehrerer Staatschefs der Region sowie der politischen Führung des Landes die „Flamme des Friedens“ entzündet. Präsident Laurent Gbagbo, der sich anlässlich dieser symbolischen Verbrennung von Waffen erstmals seit Beginn der Krise in den Nordteil des Landes begeben hatte, dankte Guillaume Soro öffentlich für die Versöhnung und rief zur schnellen Durchführung von Wahlen auf.

Der Kern und gleichzeitig die Hauptschwierigkeit des Friedensprozesses sind einerseits die Demobilisierung der Kämpfer der Rebellen und ihre Integration in die nationale Armee, andererseits die Registrierung der Bevölkerung und die Erstellung eines verlässlichen Wählerverzeichnisses. Entsprechend der letzten Zählung im Jahre 1998 handelt es sich bei einem Viertel der Bevölkerung der Elfenbeinküste um Einwanderer in das früher prosperierende Land, die hauptsächlich

aus den Sahelländern stammen. Nach der Ivoiritätskampagne und dem Bürgerkrieg handelt es sich bei der Bestimmung der Nationalität in der Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) um einen politisch sehr brisanten und daher besonders sensiblen Vorgang. Im August setzte Premierminister Soro eine Arbeitsgruppe zur Koordination der Anhörungen zur Identifizierung der Bevölkerung ein. Bei diesen Anhörungen reisen Teams der Verwaltung von Stadt zu Stadt, um vor Ort die Bevölkerung zu registrieren.

Die internationalen Geber unterstützen den Friedensprozess massiv. Auf einer Geberkonferenz Mitte Juli sagten die UNO, die Europäische Union, die Weltbank, die Afrikanische Entwicklungsbank, der internationale Währungsfonds sowie verschiedene bilaterale Geber fast 300 Millionen Euro zu. Mitte August erhöhte der IWF die Zusagen um nochmals 45 Millionen Euro.

Unterdessen bereiten sich die politischen Führer auf die Präsidentschaftswahlen 2008 vor. Klar ist, dass Präsident Gbagbo kandidieren wird. Der junge Premierminister Guillaume Soro hat das verfassungsgemäße Mindestalter für eine Kandidatur noch nicht erreicht. Gerüchte kursieren, nach denen es unter den beiden eine geheime Absprache gibt, wonach bei den kommenden Wahlen Premierminister Soro Präsident Gbagbo unterstützt und im Gegenzug letzterer erster bei den nächsten Präsidentschaftswahlen.

Ein weiterer Machtfaktor in der Elfenbeinküste ist die ehemalige Einheitspartei PDCI (*Parti Démocratique de la Côte d'Ivoire*). Der Parteichef und ehemalige Staatspräsident Henri Konan Bédié hat seine erneute Kandidatur für das höchste Staatsamt angekündigt. Um Präsident Gbagbo bei den Wahlen zu schlagen, haben sich die PDCI, die RDR (*Rassemblement de Républicains*, die Partei Alassane Ouattaras mit der Hauptwählerschaft im Norden des Landes) und andere Parteien zu der Koalition RHDP (*Rassemblement des Houphouëtistes pour la Démocratie et la Paix*) zusammengeschlossen, um bei einem möglichen zweiten Wahlgang einen gemeinsamen Kandidaten zu unterstützen.

Ob die Teilung des Landes überwunden werden kann und die vorgesehenen Präsidentschaftswahlen tatsächlich seriös vorbereitet und im nächsten Jahr durchgeführt werden, ist schwer vorherzusagen. Fraglich bleibt auf jeden Fall, ob die Verlierer das Wahlergebnis anerkennen werden.

*Cotonou, 1. September 2007*

*David Robert/Corinna Heuer  
Leiter und Trainee des Regionalprogramms  
Politischer Dialog Westafrika*

# TOGO

## NACH VIERZIG JAHREN DIKTATUR KOMMT DIE CHANCE ZUM DEMOKRATISCHEN AUFBRUCH

In Folge der blutigen Machtübernahme durch den Sohn Eyademas, Faure Gnassingbé, schienen die demokratischen Hoffnungen zunächst für lange Zeit begraben zu sein. Die katastrophale wirtschaftliche Situation und die internationale Isolierung im Nachgang der Machtübernahme im Jahre 2005, zwangen jedoch den Präsidenten zu einem Reformprozess. Die Verschuldung des Staates und der versperrte Zugang zu Krediten haben Togo in eine tiefe Rezession geführt. Die Infrastruktur ist marode und das Gesundheitssystem dient mehr zum Sterben als zum Gesunden. Ebenso fehlen Arbeitsplätze für die sehr junge Bevölkerung Togos. Rund 70 Prozent der togoischen Bevölkerung sind unter 30 Jahren.

Diese nicht gerade ermutigenden Rahmenbedingungen führten dazu, dass Präsident Faure Gnassingbé begonnen hat, die von seinem Vater begründete Diktatur zu lockern und einen nationalen Versöhnungsprozess einzuleiten. Im Sommer 2006 wurde unter der Vermittlung des Präsidenten von Burkina Faso, Blaise Compaoré, zwischen der Regierungspartei RPT (*Rassemblement du Peuple Togolais*) des Präsidenten und den größten Oppositionsparteien ein Abkommen geschlossen, um freie und transparente Wahlen vorzubereiten.

Zur Vorbereitung der demokratischen Wahlen berief der Präsident eine Regierung der nationalen Einheit. Zum Premierminister wurde der langjährige Oppositionspolitiker Yawovi Agboyibo berufen. Agboyibo ist Vorsitzender der Oppositionspartei CAR (*Comité d'Action pour le Renouveau*) und Vizepräsident der afrikanischen Parteienförderung UPADD (*Union des Partis Africains pour la Démocratie et le Développement*), einem Parteienbündnis von Parteien der „politischen Mitte“. Nach schwierigen Verhandlungen über die Zusammensetzung der Wahlkommission und der Form des Ablaufs der Wahlen, einigten sich die Ak-

teure im August 2006 auf einen Kompromiss. Während der Verhandlungen versuchten die Oppositionsparteien möglichst faire Bedingungen zu schaffen und die Vorteile und Privilegien der Regierungspartei nicht noch größer werden zu lassen. Die Regierungspartei RPT dagegen möchte einen möglichen Wahlsieg nicht dem Zufall überlassen und war nur widerwillig bereit, halbwegs faire Bedingungen einzuräumen.

Große Teile der Regierungspartei und es Machtapparates sträuben sich dagegen, Bedingungen zu schaffen, welche einen Machtverlust möglich erscheinen lassen. Der Verlust von politischer Macht bedeutet in Afrika immer auch Verlust von Einnahmen und Verlust der wirtschaftlichen Basis. Nicht berücksichtigt ist hierbei das Risiko, dass nach einem Machtwechsel die Frage der Verantwortlichkeit für Korruption und Machtmissbrauch auf die Tagesordnung kommen könnten. Bis heute wurden beispielsweise die Verantwortlichen der blutigen Ausschreitungen im Zuge der Machtübernahme des aktuellen Präsidenten im Jahre 2005 nicht ermittelt.

Dieser Aspekt war auch nicht Bestandteil der Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition. Die Opposition und ihr Verhandlungsführer, der jetzige Premierminister Agboyibo, waren Realisten genug, um zu wissen, dass das Aufwerfen dieser Fragen das Scheitern der Verhandlungen bedeutet hätte. Viele Beobachter und weite Teile der Bevölkerung waren deshalb von den Vereinbarungen zwischen Opposition und Regierung enttäuscht. Die Abmachungen beschränken sich in der Tat nur darauf, Minimalbedingungen für transparente und faire Wahlbedingungen zu schaffen.

Man kann deshalb sicher nicht von einem Versöhnungsprozess sprechen. Idealismus hat keinen Platz bei der Analyse des in Togo begonnen politischen Prozesses. Beide Seiten betreiben die Kunst des

Möglichen bei Wahrung der jeweiligen Interessen. Es ist kein demokratischer Frühlingswind, der das Land erfasst hat, sondern was man beobachtet, stellt die mühsame Umsetzung eines nach langem Abwägen gefunden Weges des Kompromisses dar.

Wer kein Realist ist, hat Mühe, das Erreichte in Togo zu würdigen und die historische Bedeutung zu erkennen. Aufgrund dieser Umstände zeigte die Bevölkerung am Beginn des Prozesses große Zurückhaltung. Zu oft wurden demokratische Hoffnungen in Togo enttäuscht. In der Vergangenheit haben viele Togoer ihren Idealismus mit Exil, Gefängnis oder gar Tod bezahlen müssen.

Heute, ein Jahr nach Abschluss der Verhandlungen, stehen die Wahlen vor der Tür. Obwohl noch kein Termin feststeht und der ursprünglich geplante Termin einvernehmlich zweimal verschoben wurde, erwartet man die Wahlen jetzt für Ende September 2007. Das Voranschreiten der Wahlvorbereitungen und die begonnene Ausgabe fälschungssicherer Wahlkarten hat das Vertrauen der Bevölkerung in den Demokratisierungsprozess gestärkt. Nach zögerlichem Start streben die Menschen mittlerweile in Massen zu den Büros der Einschreibung und der Ausgabe der Wahlkarten.

Die Hoffnung steigt bei den Menschen, dass diesmal wirklich ein demokratischer Neubeginn möglich ist. Beobachter erwarten ein gutes Ergebnis der Opposition und schwere Verluste für die Regierungspartei. Eine Beteiligung der Opposition an der Regierung ist somit zu erwarten. Diese Beteiligung ist nicht nur aufgrund des wahrscheinlichen Wahlergebnisses zu erwarten, sondern auch, wenn man den Aussagen des Staatspräsidenten glauben schenken kann. Der Präsident hat erklärt, in jedem Fall im Interesse des Landes die Opposition an der Regierung beteiligen zu wollen. Die Wahlen werden aber darüber entscheiden, ob sie ein politisches Eigengewicht haben wird oder nur dank des Präsidenten formal an der Macht beteiligt sein wird.

Der Präsident ist sich bewusst, dass er internationales Vertrauen für Togo nur gewinnen kann, wenn er beweist, dass die politische Kultur des Landes sich wandelt. Lediglich mehr oder weniger faire Wahlen ohne eine wirkliche Demokratisierung der politischen Verhältnisse durchzuführen, wird die internationalen Geber wie die Bundesrepublik Deutschland nicht überzeugen. Obwohl sich der Staatspräsident dieser Herausforderung bewusst ist, lässt das Bemühen der Regierungspartei, sich demokratisch zu öffnen, oft noch zu wünschen übrig. Diese Widersprüchlichkeit weist auf einen Richtungsstreit innerhalb der Regierungsmacht und Regierungspartei hin. Während der

noch junge Präsident und viele jüngere Kader seiner Partei, sich öffnen möchten, vertritt die „alte Garde“ eine harte Linie. Während Berater des Präsidenten den Kontakt zu deutschen politischen Stiftungen suchen, verweigert der Generalsekretär der Partei sogar die Teilnahme junger Mitglieder seiner Partei an Seminaren, welche Demokratie und Rechtsstaat behandeln. Dies zeigt, dass der Präsident, wie weitgehend seine persönliche Affinität gegenüber der Demokratie auch sein mag, doch von Zwängen umgeben ist, die von ihm nicht einfach zu ignorieren sind.

Nicht nur zwischen der Opposition und der Regierungsmacht gibt es einen Kampf der Interessen, sondern auch innerhalb des Regimes selbst. Während einzelne Kader um ihre Funktionen, ihren Einfluss und ihre Einnahmen fürchten, befürchtet der Präsident, dass seine Position selbst gefährdet sein könnte, wenn das Land noch stärker in die wirtschaftliche Lethargie verfällt. Eine wirtschaftliche Wende ist in Togo nur mit Hilfe von außen möglich. Diese Hilfe hat allerdings ihren Preis, und dieser Preis heißt heute Demokratisierung.

Sollte jetzt die „alte Garde“ der Opposition abtreten, welche ihr ganzes Leben mit legalen Mitteln versuchte, die demokratische Wende zu schaffen, könnte Platz gemacht werden für eine Generation, die bereit ist, andere Mittel einzusetzen. Vor dem Hintergrund des Bevölkerungswachstums in Togo und einer jungen Bevölkerung, welche in den nächsten Jahren jedes Jahr stärker Arbeitsplätze und Lebensperspektiven fordern wird, muss der Präsident handeln. Keine Diktatur der Welt dürfte stark genug sein, das Pulverfass zu kontrollieren, welches sich in Togo zusammenbraut.

Die Interessen des Präsidenten und die Interessen der Regierungspartei sind demnach nicht unbedingt deckungsgleich. Der Präsident hat die Chance, seine Macht zu wahren, selbst wenn die Partei Einfluss und Macht verliert und selbst in ihrer Existenz gefährdet ist. Mitglieder der Regierungspartei sprechen bereits offen von einer möglichen Spaltung der Partei nach den Wahlen in einen Reformflügel und einen orthodoxen Flügel. Ein Auseinanderbrechen der Regierungspartei ist nicht ganz ausgeschlossen.

Die Bäume werden allerdings auch für die Opposition nicht in den Himmel wachsen. Trotz einer Euphorie, welche mittlerweile Platz greift, hat sich das Kräfteverhältnis nicht verändert. Die Regierungspartei kontrolliert die Verwaltung, die Medien, stellt fast alle Präferenzen und verfügt über große Finanzmittel. All dies sind nicht zu unterschätzende Vorteile. Hinzu kommt, dass der „afrikanische Wähler“ dazu neigt, sich verstärkt für die Partei zu entscheiden, welche materielle



Vorteile bieten kann. Dies kann direkte Geldzahlungen im Vorfeld der Wahlen, Versprechen von Arbeitsplätzen, weil man die staatliche Verwaltung kontrolliert etc., bedeuten.

Diese illegalen Vorteile werden ergänzt durch die Vorteile, die sich ergeben, wenn man vierzig Jahre die Entscheidungsgewalt hat. Viele lokal bekannte Personen gehören zur Regierungspartei. Vierzig Jahre lang war es für die Karriere nicht förderlich, sich zu einer Oppositionspartei zu bekennen.

Die Oppositionsparteien dagegen haben weder Geld, noch ausreichend Personal, noch die Erfahrung zur Durchführung einer Wahlkampagne. Lange Zeit durften sich die Ortsverbände nicht versammeln. Erst jetzt, im Vorfeld der Wahlen, beginnt das Parteileben der Oppositionsparteien sich wiederzubeleben. Die Ortsverbände verfügen allerdings weder über Geld für eine Wahlkampagne noch über Erfahrung, wie man Kommunikation organisiert und Parteilarbeit im Vorfeld von Wahlen zuspitzt. Die Beteiligung der Oppositionsparteien an der Regierung hat die Personaldecke weiter verdünnt. Die wenigen Personen müssen nun ihre Ministerämter ausüben, Wahlen vorbereiten und gleichzeitig die Parteien wieder aufrichten und für den Wahlkampf vorbereiten. Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen, dass dies den Oppositionsparteien viel abverlangt und sie oft überfordert.

Das Engagement der Europäischen Union, Druck auf Togo auszuüben und eine Wiederaufnahme der entwicklungspolitischen Kooperation von erfolgreichen demokratischen Wahlen abhängig zu machen, ist zu begrüßen. Gleichzeitig ist allerdings zu kritisieren, dass es zu kurz greift, die Hilfe nur bezogen auf die organisatorische Durchführung der Wahlen zur Verfügung zu stellen. Selbst angesichts der katastrophalen Bilanz des Regimes ist es gewagt zu glauben, nach vierzig Jahren könnten mittellose und personell ausgezehnte Oppositionsparteien in einen chancenreichen und chancengleichen Wettbewerb mit einer Regierungspartei treten.

Selbst wenn die Oppositionsparteien die Wahlen gewinnen sollten und große Teile der Regierung stellen können, haben sie dann die Kompetenz und die Kapazitäten, eine Verwaltung zu lenken, obendrein noch besser zu lenken als in den letzten Jahrzehnten? Unabhängig von individuellen Kompetenzen, woher haben Personen, denen seit vierzig Jahren jede politische Partizipation versagt wurde, die nötige Orientierung, die großen Herausforderungen eines der ärmsten Länder der Welt zu meistern?

Das Engagement der Europäischen Union ist positiv, aber nicht umfassend genug. Es ist vor allem nicht politisch genug, um nicht nur demokratische Wahlen zu ermöglichen, sondern auch Hoffnung zu geben, dass der begonnene demokratische Prozess ein Erfolg wird. Togo ist heute in einer historischen Situation. Auch wenn die Parlamentswahl gut verläuft, sind die Probleme nicht gelöst und die Krise des Landes ist nicht überwunden. Eine demokratische Wahl ist die Mindestvoraussetzung dafür, dass das Land sich auf einen besseren Weg begeben kann. Dies kann nur unter politischer Partizipation der Bevölkerung und einer erneuten internationalen Kooperation Togos mit der EU und den USA stattfinden. Der Weg aus der Krise dürfte selbst dann noch schwer genug sein.

Sollten die Parlamentswahlen im Herbst allerdings scheitern, lässt sich die weitere Zukunft des Landes nur schwer vorhersagen. In der Frustration, welche sich dann im Lande breit machen würde, dürfte zwischen kollektiver Depression und spontaner Gewalt alles möglich sein. Zurzeit überwiegt allerdings die Hoffnung im Lande, dass der demokratische Aufbruch gelingt. Eine Demokratisierung Togos würde der Demokratisierung der ganzen Region einen neuen Schub geben.

*Cotonou, 1. September 2007*

*David Robert/Corinna Heuer  
Leiter und Trainee des Regionalprogramms  
Politischer Dialog Westafrika*



LATEINAMERIKA

# MEXIKO

## KAMPF GEGEN DIE ORGANISIERTE KRIMINALITÄT – PRIORITÄT UND DAUERBRENNER IN MEXIKO

Viel Lob aus den USA erhält die mexikanische Regierung von Präsident Felipe Calderón derzeit für ihren energischen Kampf gegen die organisierte Kriminalität, bei der Mexiko selbst vor dem fast landesweiten Einsatz von Militär und Bundespolizei nicht zurückschreckt und zu einem überall in Lateinamerika wenig populären Mittel greift: der Auslieferung von in Drogenkriminalität verstrickten Landsleuten an den Nachbarn im Norden. „Überaus mutig“ nannte Washington etwa die spektakuläre Überstellung von gleich 15 in Mexiko einsitzende Drogengangstern der bekanntesten Kartelle, unter ihnen der Chef des Golfkartells Osiel Cárdenas Guillén. Intern ist der Kampf um innere Sicherheit ebenso nötig wie populär – die Zustimmungswerte zu Calderóns Politik und Person haben sich erhöht. Extern gelingt eine Verbesserung der Beziehungen zum Nachbarland im Norden. Mexiko, so die Botschaft, macht seine Hausaufgaben und kann damit gleichzeitig Entgegenkommen der anderen Seite in wichtigen Fragen, zum Beispiel in der Migrationsdebatte oder möglichen Reformen des Freihandelsabkommens NAFTA erwarten.

Zugrunde liegen dem Handeln der Regierung allerdings überaus alarmierende Zahlen. So findet sich im aktuellen „Drogenreport“ des US-Außenministeriums der Hinweis, dass in Mexiko „die Gewalt, die Korruption und der interne Drogenkonsum gestiegen“ seien. Mexiko ist nach diesem Bericht das bedeutendste Transitland für Drogen, die in die USA gelangen, so etwa für 90 Prozent des Kokainkonsums. Nach Großbritannien wird Mexiko zudem als zweitgrößtes Importland für Basisstoffe synthetischer Drogen genannt. Auch sei es zentral für die Geldwäsche von illegal im US-Drogenhandel erworbenen Vermögens. Nach Worten des mexikanischen Generalstaatsanwalts Eduardo Medina Mora dienen die Aktionen dazu, die Souveränität Mexikos über sein Territorium wiederherzustellen bzw. diese nicht in wichtigen Teilen Mexikos

an das organisierte Verbrechen zu verlieren. Immer wieder hatten sich Gouverneure in jüngerer Zeit mit Hilferufen an die Bundesregierung gewandt: Ihre eigene Landes- und Kommunalpolizei, so die Botschaft, werde der Lage nicht mehr Herr. Fast 2000 Morde hatte vor allem der interne Kampf der Drogenkartelle im Jahr 2006 provoziert, in bestialischer Form fielen ihnen immer wieder auch Polizisten, Staatsanwälte und Richter zum Opfer.

Dieser Kampf um Einfluss und um die Kontrolle der rentablen Vertriebswege der Drogen aber hat auch den einfachen Bürger erreicht. Schon im Sommer des vergangenen Jahres schrieb die Zeitung *El Universal* in einem Leitartikel: „Die Auseinandersetzungen sind längst nicht mehr sporadisch, sondern permanent und immer brutaler. In den großen Städten des Landes lebt die Bevölkerung in Angst vor der Unsicherheit und gewöhnt sich an den Lärm von Maschinengewehren und Granaten in den Straßen, Restaurants, Einkaufszentren und Wohnvierteln. Diesbezüglich ist nichts besser geworden, im Gegenteil, alles ist schlechter.“ Der damalige Vorsitzende des Obersten Agrargerichtshofes Mexikos (TSA, *Tribunal Superior Agrario*), Ricardo García Villalobos, hatte gar behauptet, mittlerweile würden zehn Prozent der Agrarfläche Mexikos für den Drogenanbau verwendet. Wenig könne dagegen getan werden, da es keine entsprechenden Regierungsprogramme gäbe und die Bauern aufgrund ihrer Armut zur „Vermietung“ ihrer Flächen an die Drogenmafia gezwungen seien. Auswirkungen auf die Attraktivität des Investitionsstandortes Mexiko befürchtet inzwischen Calderóns Finanzminister Agustín Carstens. Auch der Bericht 2006 der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL, *Comisión Económica para América Latina y el Caribe*) über Auslandsinvestitionen in Lateinamerika und der Karibik teilt diese Besorgnis: „Fehlende Sicherheit ist ein Faktor zunehmender Bedeutung und schränkt neue

Auslandsinvestitionen in Mexiko ein“, sagte CEPAL-Chef José Luis Machinea jetzt bei der Vorstellung des Berichts. Dies sei nicht nur ein polizeiliches Thema, sondern beeinträchtigt das gesamte Funktionieren des Staates.

### „WACHABLÖSUNG“ IM DROGENGESCHÄFT

Kein Wunder, dass sich viele Beobachter an frühere Zeiten in Kolumbien erinnern fühlen. Erst wird das Thema jahrelang heruntergespielt nach dem Motto: „Was schert es uns, wenn sich die Gringos vergiften wollen“, dann greift die vom organisierten Verbrechen ausgehende Korruption um sich und zersetzt Polizei, Justiz und Politik, bildet Schutznetze für die Drogen gangster, schließlich ist die Situation außer Kontrolle, während zusätzlich noch der interne Konsum wächst. Und Mexiko hat in vielerlei Hinsicht frühere Positionen kolumbianischer Kartelle übernommen. Der Chef der peruanischen Drogenpolizei etwa, General Carlos Olivo Valenzuela, sieht in seinem Land nun fünf mexikanische „Kartelle“ operieren. 32 Prozent der dann nach Mexiko eingeführten Drogen kämen aus Peru – 55 bis 60 Prozent kämen aus Kolumbien, der Rest aus Bolivien. Nach einem Bericht der amerikanischen Drogenbehörde DEA aus dem vergangenen Jahr erbringt der Drogenhandel in den USA einen Gewinn von rund 48 Milliarden Pesos (etwa 4,8 Milliarden Dollar) – davon entfielen auf die mexikanischen Kartelle rund 17 Milliarden Pesos.

Ein besonders augenfälliges Beispiel für den Ernst der Lage ist Mexikos Touristenmetropole Acapulco: Bürgermeister Félix Salgado Macedonio von der PRD (*Partido de la Revolución Democrática*, Partei der Demokratischen Revolution) gab sich schon im vergangenen Jahr völlig überfordert: „Ich arbeite, schließe Schlaglöcher, lasse Müll beseitigen, Sorge für Licht und Wasser in den Stadtteilen. Das ist meine Funktion, dafür bin ich gewählt – das andere liegt in der Kompetenz der Bundesregierung [...]“. Der *narcotráfico* sei mittlerweile eine Realität, die sich in der wirtschaftlichen Struktur Mexikos eingemischt habe, eine regelrechte „Narcowirtschaft“ sei entstanden, nicht nur in Acapulco und dem Bundesstaat Guerrero. Allein 630 identifizierte Drogenverkaufsstellen soll es in Acapulco und Umgebung geben, die im Durchschnitt zwei Kilo Kokain pro Woche umschlagen – bei einem Verkaufspreis von 240.000 Pesos. Nicht schlecht in einer Gegend, wo das durchschnittliche Monatseinkommen bei 3.000 Pesos liegt. Die Polizei der Stadt scheint mittlerweile kapituliert zu haben: Hunderte Polizisten quitierten in den zurückliegenden Monaten den Dienst, die Lücken sind schwer zu schließen. Da hilft auch eine Erhöhung der Lebensversicherungen nicht, die den Beamten bezahlt werden. Auf die lokale

Tourismusbranche hat der Kampf der Kartelle verheerende Auswirkungen.

### WAS TUN?

Polizeireform – es gibt in Mexiko viel zu viele nebeneinander existierende Polizeikörperschaften, meist unterbezahlt, schlecht trainiert und defizitär ausgerüstet – und der Militäreinsatz sind zunächst die zentralen Waffen, auf die die Regierung Calderón vertraut: von 33.000 auf 43.000 Mann soll die aus dem Militär rekrutierte Bundespolizei PFP (*Policia Federal Preventiva*) aufgestockt werden, parallel soll sich die Strafverfolgung durch die Justiz verbessern. Allerdings zeigen Vorkommnisse der jüngsten Zeit, dass Militärverbände eben nicht für Polizeiaufgaben ausgebildet sind. Menschenrechtsorganisationen beobachten Mexiko hier sehr genau. Auch dürfte ihr Verbleib in der Fläche die Korruptierbarkeit ähnlich erhöhen, wie man dies aus der Polizei bereits kennt. Zum Militäreinsatz allerdings sieht die Regierung gerade angesichts der Korruptionsanfälligkeit von Polizei und Justiz wenig Alternativen, wie eine spektakuläre Aktion des Ministers für öffentliche Sicherheit, Genaro García Luna, am 25. Juni 2007 zeigte: 284 Führungsfiguren von Bundes- und Steuerpolizei verloren von einem Tag auf den anderen ihre Funktion, unter ihnen die 34 Kommandanten der Bundespolizei in allen mexikanischen Bundesstaaten. Über Jahre, so Minister García Luna, sei nicht hinreichend in die Polizeikräfte investiert worden, denen es nun auf Aufklärungsfähigkeiten mangle, deren operative Einsatzfähigkeit Defizite aufweise und die zudem über keine vertrauensvollen Bindungen zu den Bürgern verfügten. Schon die Gehaltssituation der Polizisten allerdings spricht dagegen, dass sich an dieser Lage schnell etwas ändert: Zwischen 140 und 280 Euro im Monat verdient ein durchschnittlicher Polizeibeamter, geradezu eine Einladung, diese Summe durch „Nebenverdienste“ aufzustocken.

Für Sergio Aguayo, einen langjährigen Beobachter der Szene, ist der Verlauf klar: „In den armen Gegenden rekrutiert das Heer, übernimmt Erziehungs- und Weiterbildungsaufgaben, zahlt aber niedrige Gehälter. Um die Kasernen streichen dann Firmen und Drogenkartellen, um die Besten und Brillantesten für sich zu gewinnen. [...] Die Deserteure entwickeln sich dann zu gedungenen Mördern, die gleichzeitig das Funktionieren und die Operationsweisen der Sicherheitskräfte gut kennen und die gleiche Sprache sprechen.“ Bewaffnete Mörderbanden wie die sogenannten *Zetas* („eine neue Generation von *sicarios*“, so die Zeitung *El Universal* über den „bewaffneten Arm“ des Golf-Kartells) oder *Los Valencias* profitieren dann davon. Ihre Rekrutierung von ehemaligen guatemalteckischen Elite-Soldaten, den sogenannten *kaibiles*, war schon

früher nachgewiesen worden. Nach Angaben der mexikanischen Generalstaatsanwaltschaft sind sie mittlerweile in mindestens 13 mexikanischen Bundesstaaten aktiv.

Ganz zentral für die Bekämpfung der Drogenkartelle aber wird es sein, deren „Schutznetze“ – bestehend auch aus hohen Polizei-, Militär- und Regierungschargen auf unterschiedlichen Ebenen – zu knacken, wie es etwa der Informationsdienst *Análisis Política* fordert. Hier dürfte sich auch zeigen, ob die spektakuläre Anfangsoffensive des Staates trägt und Erfolge sichern kann. Auch wird es ohne eine Flankierung durch soziale Maßnahmen und solche im Agrarbereich, die den Drogenanbau wirkungsvoll unterbinden, nicht gehen. Derzeit ist der Drogenkrieg in Mexiko etwas aus den Schlagzeilen verschwunden, auch die „Mordfrequenz“ scheint zurückzugehen. Für die Zeitschrift *Proceso* und andere ein Zeichen dafür, dass Abstimmungsgespräche mindestens der großen Kartelle del Golfo und Sinaloa im Gange sind, um die internen Auseinandersetzungen zu beenden und zu neuen Gebietsabsprachen zu kommen, vor allem in den nördlichen Bundesstaaten Tamaulipas und Nuevo León. Dass dies mit Wissen und sogar der Beteiligung von Regierungsvertretern stattfinden soll – Erinnerungen an das PRI-System mit fast totaler Kontrolle über alles und jeden werden wach – dürfte nur begrenzt eine gute Nachricht sein.

*México Stadt, 16. August 2007*

*Frank Priess*

*Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko*

# KOLUMBIEN

## VERHANDELN OHNE FRIEDEN: KOLUMBIENS PRÄSIDENT URIBE KÄMPFT UM DEN ERFOLG SEINER AMTSZEIT

Kolumbien ist das einzige Land mit einem Friedensprozess mitten im Krieg und einem Krieg mitten im Friedensprozess. Das macht einen absehbaren Erfolg im Kampf um die Rückgewinnung des staatlichen Gewaltmonopols fast zu einem unmöglichen Unterfangen. In den vergangenen Monaten schienen die beachtlichen Fortschritte, die der rechtsliberale Präsident Álvaro Uribe Vélez in seiner ersten Amtszeit 2002-2006 verbuchen konnte, mehrfach gefährdet. Bisher hat das Kommunikationsgenie mit Kreativität und Ausdauer jedoch alle Klippen überwinden und seine Popularität in der Bevölkerung halten können. Die Zweifel wachsen jedoch, ob Uribe tatsächlich als Friedensstifter in die kolumbianische Geschichte eingehen wird. Schließlich haben die Kolumbianer schon mehrere Friedensprozesse scheitern sehen. Doch selten in der jüngsten Geschichte des Landes war die Hoffnung größer als jetzt.

Der Präsident hat es mit drei Phänomenen gleichzeitig zu tun. *Erstens*: die Paramilitärs. Sie nehmen am komplizierten (Teil-)Friedensprozess teil. Uribe hat etwa 32.000 der so genannten Selbstverteidigungstruppen (AUC, *Autodefensas Unidas de Colombia*) zur kollektiven Entwaffnung bewegen können. Daneben haben knapp 3500 Kämpfer individuell ihre Waffen abgegeben. Allerdings weiß niemand, wie viele dieser Personen „Scheindemobilisierte“ sind, die sich in den Prozess eingeschlichen haben, um in den Genuss staatlicher Hilfen zu kommen. Denn ein Jahr lang erhalten Paramilitärs, die sich dem Gesetz „Gerechtigkeit und Frieden“ (Gesetz 975 aus dem Jahr 2005) unterwerfen, ein Stipendium zur Weiterbildung und für ein Leben in der Normalität. Die 57 größten Anführer der Paramilitärs befinden sich dagegen in einem Hochsicherheitsgefängnis in Medellín. Wenn sie die Wahrheit sagen und mit den Ermittlungsbehörden kooperieren, erhalten sie Strafen von maximal fünf bis acht Jahren. Das Fußvolk der Paramilitärs wird

registriert und kommt straffrei davon. Dagegen haben Opfer der Gewalt bisher keine Entschädigung erhalten und müssen um ihr Leben fürchten, wenn sie vor Gericht aussagen.

*Zweitens*: die Guerilla. Die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC, *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*) mit etwa 15.000 Kämpfern haben bisher keine Zeichen erkennen lassen, in einen Friedensprozess einzusteigen, obwohl Uribe mehrere spektakuläre Versuche unternommen hat, sie einzubinden. So sprang er Anfang Juni auf Drängen des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy über seinen Schatten und ließ 157 gefangene Guerilleros frei, unter ihnen der „Außenminister“ der FARC, Rodrigo Granda. Im Gegenzug, so hoffte Sarkozy, sollte die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt frei kommen, die 2002 entführt wurde und die französische Staatsbürgerschaft besitzt. Insgesamt 56 politische Gefangene schmoren derzeit in den Händen der FARC, darunter drei US-Amerikaner. Die Aktion trug keine Früchte. Nicht einmal zwei Wochen später kamen elf Abgeordnete des Regionalparlaments Cali zu Tode, die ebenfalls seit fünf Jahren von der FARC entführt waren.

Uribe hat sich in einem Punkt unbeweglich gezeigt. Es werde keine weitere „Zona de Despeje“ geben wie in den Jahren unter seinem Vorgänger, dem konservativen Präsidenten Andrés Pastrana. Für einen humanitären Austausch mit der Regierung fordert die FARC erneut eine neutrale Zone, in der sie frei walten kann. Unter Pastrana hatte dies dazu geführt, dass die FARC in ihrem Gebiet Kräfte bündeln, gefahrenlos Menschen entführen und Drogenhandel treiben konnte. Die Mehrheit der Kolumbianer ist der Meinung, der FARC nicht wieder mühsam zurück erobertes Staatsgebiet zu überlassen für einen Prozess mit ungewissem Ausgang.

Im August lancierte der Uribe einen weiteren Coup, um Bewegung in die Auseinandersetzung mit der FARC zu bringen. Er machte eine seiner schärfsten Kritikerinnen, die liberale Senatorin Piedad Cordoba, zur Sondergesandtin für eine Kontaktaufnahme mit der FARC. Uribe gab sogar dem Linkspopulisten Hugo Chávez grünes Licht, sich als Vermittler für ein humanitäres Abkommen einzuschalten. Der venezolanische Präsident ist einer der wenigen Politiker in der Region, den die FARC respektiert. Chávez traf sich mit Angehörigen der Entführten und stattete Ende August Uribe einen Besuch ab, in dem er Uribe als engen Freund bezeichnete und die „Liebe“ zwischen beiden Staaten als „eine Nation“ beschwor.

Trotz ihrer extrem unterschiedlichen Ideologien und trotz venezolanischer Versuche, auf Kolumbiens Innenpolitik Einfluss zu nehmen sowie der Duldung von Guerilla-Einheiten im Grenzgebiet, kommen Uribe und Chávez überraschend gut miteinander aus. Beiden ist ein großer Pragmatismus gemein. Kolumbien profitiert unter anderem von wachsenden Exporten nach Venezuela, da unter dem Bolivarianischen Sozialismus Venezuelas eigene Produktion schrumpft und internationale Firmen nach Kolumbien abwandern. Chávez kündigte bei seinem Besuch eine weitere versöhnliche Geste an, nämlich auf Bitten Uribes möglicherweise in die Gemeinschaft der Andenstaaten zurückzukehren.

Dennoch ist Chávez' Einsatz in „humanitärer Mission“ in Kolumbien eine Überraschung. Erstmals seit dem Ende des Friedensprozesses 2001 zeigt sich die FARC verhandlungsbereit. Chávez erreichte eine entsprechende Nachricht der FARC-Führung kurz vor seinem Abflug nach Kolumbien am 31. August. Wenn Chávez – mit Unterstützung Kubas – gelingt, was Sarkozy verwehrt blieb, hätte er sein politisches Renommee in der Region aufpoliert. Auch Uribe würde gewinnen und damit den unbequemsten Stachel seiner Amtszeit entschärfen. Denn obwohl sich seit 2002 bisher mehr als 5.000 FARC-Kämpfer freiwillig den Behörden gestellt haben, hatte Uribe bei der politischen Führung der FARC bisher stets auf Granit gebissen.

Viel weiter sind die Verhandlungen dagegen mit der zweitstärksten Guerilla-Gruppe ELN (*Ejército de Liberación Nacional de Colombia*, Armee zur nationalen Befreiung Kolumbiens). Mehrfach stand ein Waffenstillstand in greifbarer Nähe. Doch die Gespräche auf Kuba scheinen in der Endphase ins Stocken geraten. Knapp 1.500 ELN-Kämpfer haben sich unter dem Gesetz Gerechtigkeit und Frieden demobilisiert, und die ELN ist militärisch stark angeschlagen.

*Drittens:* Neue kriminelle Gruppen, Erpresser und Drogenmafia. Neben der FARC sind dies die Akteure,

die dem kolumbianischen Staat am meisten zusetzen. Ihre Zahl nimmt zu, nachdem die Paramilitärs die politische Bühne verlassen haben als Protagonisten mit dem Ziel, die Guerilla zu bekämpfen. Die Zahl der neuen Bewaffneten meist ohne politische Agenda schwankt stark nach Schätzungen zwischen 3.000 und 9.000. Sie stellen eine ernsthafte Bedrohung des Demobilisierungs- und Integrationsprozesses dar. Die Gefahr wird von Uribe nach Ansicht von internationalen Beobachtern unterschätzt. Allein mit Methoden zur Kriminalitätsbekämpfung sei dieser zerstörerischen Macht nicht Herr zu werden.<sup>1</sup>

Skeptiker weisen darauf hin, dass in viele Zonen, in denen zuvor die Paramilitärs herrschten, nicht das Militär sondern die Guerilla vorrückt. In das Vakuum stoßen auch die neuen kriminellen Banden vor, wie die Schwarzen Adler (*Aguilas Negras*). Die Lage wird unübersichtlicher. Nach Angaben der Organisation Amerikanischer Staaten haben sich inzwischen 22 neue gewalttätige Gruppen formiert. Dennoch sind viele Gemeinden heute frei von paramilitärischen Strukturen, die früher unter den Todesschwadronen zu leiden hatten. Früher waren die AUC in 711 Gemeinden präsent, heute sind neue Gewaltgruppen in 102 Gemeinden und 16 von 32 Provinzen aktiv.

Dennoch wirft dies einen dunklen Schatten auf die Regional- und Kommunalwahlen am 28. Oktober. Analysten und Wahlbeobachter aus der Zivilgesellschaft, deren Arbeit auch die KAS unterstützt, sehen in mehr als einem Drittel der Gemeinden eine „hohe Gefahr“, dass es zu Wahlbetrug durch Einschüchterung, Stimmenkauf oder Sabotage kommt. Ehemalige Paramilitärs, lokale Warlords und Drogenbarone wollen Macht und Einfluss auf ihre Einnahmequellen sichern. Inzwischen ist der Drogenhandel nicht nur Treibstoff des Konflikts, sondern auch Bindeglied gemeinsamer Interessen von Guerilla-Gruppen, Ex-Paramilitärs und kriminellen Banden geworden.

Die öffentliche Meinung ist bei diesen Wahlen stärker sensibilisiert denn je. Denn seit Dezember vergangenen Jahres hat ein schmerzhafter Reinigungsprozess begonnen: Immer mehr hochrangige Politiker, so kommt dank der Medien des Landes ans Tageslicht, sind in politische Pakte mit Paramilitärs verstrickt oder verstrickt gewesen. War dies früher nur ein Verdacht, dessen öffentliche Äußerung gefährlich war, ist dies heute bewiesen. Man spricht außerdem offen über Verbindungen zwischen Militär beziehungsweise Polizei und den „Paras“. Inzwischen wird gegen mehr als 20 aktive Kongressabgeordnete ermittelt. Das sind fast zehn Prozent des Kongresses. Hinzu kommen sieben Ex-Parlamentarier, die hinter Gittern sitzen. Alle stammen aus dem heterogenen Lager von ver-

sprengten ehemaligen Liberalen und Konservativen, das Präsident Uribe unterstützt. Insgesamt sollen 60 zum Teil prominente Politiker vor dem Obersten Gericht aussagen.

Bisher haben die Skandalwellen den Präsidenten selbst nicht erreicht, obwohl einige seiner engsten Mitstreiter vor dem Kadi stehen. Uribe, der 2002 mit indirekter Unterstützung von Paramilitärs gewählt wurde, erscheint weiter als Fels in der Brandung. Die meisten Kolumbianer danken ihm, dass er das Sicherheitsgefühl in den vergangenen vier Jahren deutlich erhöhen und die Mordraten drastisch senken konnte. Ihm trauen sie auch zu, den komplizierten Friedensprozess weiter zu führen – und nur ihm. Denn es haben sich bisher keine personellen Führungspersonen als Alternative in dieser schwierigen Situation etablieren können. Deshalb wird in Bogotá bereits über eine geheime Agenda für eine dritte Amtszeit Uribes gemunkelt.

Trotz des *Parapolítica*-Skandals konnte der Präsident in den ersten fünf Monaten des Jahres 2007 seine hohen Sympathie-Werte sogar ausbauen. Seine Beliebtheit stieg um 6,2 Punkte auf 73,4 Prozent.<sup>2</sup> Auch namhafte Unternehmer haben sich demonstrativ hinter den Präsidenten gestellt. Die neue Sicherheit im Land hat die Wirtschaft angekurbelt und die Kapitalflucht ins Ausland gestoppt.

Einer Meinungsumfrage zu Folge stellt die Gewalt im Land nur noch für 76 Prozent der Kolumbianer eine große Sorge da (statt 92 Prozent vor fünf Jahren). Als größtes Problem wird nun die soziale Kluft wahrgenommen. Das ist ein Erfolg für Uribes Sicherheitspolitik, die nun den politischen Freiraum schafft, sich mit den drängenden Themen des Landes auseinanderzusetzen, die bisher von keiner Regierung gelöst wurden. Glaubten vor fünf Jahren noch 89 Prozent der Kolumbianer, mit dem Land gehe es bergab, finden das heute nur noch 42 Prozent. Dagegen blicken heute 53 Prozent optimistisch in die Zukunft im Vergleich zu mageren neun Prozent vor einem halben Jahrzehnt.<sup>3</sup>

Optimismus wird auch nötig sein, um die vielen neuen Hindernisse zu überwinden. Ende Juli kündigten die Anführer der verhafteten Paramilitärs eine Zusammenarbeit mit der Regierung auf. Viele von ihnen gehen ohnehin per Handy weiter ihren dunklen Geschäften nach. Der Grund für die Blockade ist, dass das Oberste Gericht einen Pfeiler des Gesetzes Gerechtigkeit und Frieden gekippt hat. Anders als für die Guerilla, so die Richter, könne für Paramilitärs nicht der mildernde Strafbestand des politischen Aufstandes gelten, weil sie nicht die staatliche Ordnung bekämp-

fen wollten. Sie müssten nach normalem Kriminalrecht abgeurteilt werden. So einsichtig die Haltung der Justiz ist, so hinderlich ist dies für eine politische Lösung des Konflikts. Nachdem Uribe seine Wut über die Entscheidung überwunden hatte, in der er den Richtern „ideologische Befangenheit“ vorwarf, blieb der Präsident schließlich doch auf dem Boden des Rechtsstaats und kündigte ein neues Gesetz an, das einen Ausweg aus der Sackgasse bringen soll.

Uribe wird auch in Zukunft viel Energie aufbringen und zugleich seine Emotionalität bändigen müssen, um zu verhindern, dass die Erfolge seiner ersten Amtszeit zunichte gemacht werden und das Land in einen ungehemmten Kreislauf der Gewalt zurück fällt.

*Bogotá, 3. September 2007*

*Dr. Carsten Wieland*

*Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kolumbien*

1/ *Colombia's New Armed Groups, Latin America Report No. 20, International Crisis Group, 10. Mai 2007, S. 6 u. a., Octavo Informe Trimestral del Secretario General al Consejo Permanente Sobre la Misión de Apoyo al Proceso de Paz en Colombia (MAPP/OEA), 14. Februar 2007*

2/ *El Nuevo Siglo, 3. Mai 2007*

3/ *La Semana, 06. Mai 2007. In Auftrag gegeben von La Semana*

# VENEZUELA

## PRÄSIDENT CHÁVEZ GIBT SEINEM LAND EINE NEUE VERFASSUNG

Die Umsetzung des Projektes von Präsident Hugo Chávez „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ wird durch seine Wiederwahl im Dezember 2006 beschleunigt. Erste konkrete Maßnahmen wurden schon eingeleitet: das Kabinett wurde ausgewechselt, seine Partei *Movimiento Quinta República* (MVR) soll mit den Unterstützerparteien in eine neue Einheitspartei *Partido Socialista Unido de Venezuela* zusammenschmelzen, eine Kommission für die angekündigte Verfassungsreform erhielt dank eines Ermächtigungsgesetzes des Parlamentes beinahe uneingeschränkte Gesetzgebungsbefugnisse.

In der dritten Augustwoche behandelte die ausschließlich von Regierungsanhängern besetzte Nationalversammlung die erste Fassung des aus 33 neuen Artikeln bestehenden Verfassungsentwurfs. In der ersten Lesung wurden alle Vorschläge der Kommission, ohne jegliche Änderung, angenommen. Zwei weitere Lesungen sollen folgen, bevor die neuen Verfassungsartikel „als Paket“, also nicht Artikel pro Artikel, zur Volksabstimmung freigegeben werden. Der gesamte Vorgang der Verfassungsreform wird in Bezug auf deren Verfassungswidrigkeit von venezolanischen Staatsrechtlern in Frage gestellt; die politische Opposition schafft es jedoch nicht, eine öffentliche Debatte diesbezüglich zu initiieren.

Die Regierung ist besonders daran interessiert, dass bei der Volksabstimmung über das „gesamte Paket“ der 33 neuen Artikel entschieden wird. Das „Paket“ beinhaltet nämlich einerseits die „arbeitnehmerfreundliche“ Verkürzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden pro Tag, andererseits aber die Möglichkeit der unbegrenzten Wiederwahl des Präsidenten – eine Maßnahme die von ca. 65 Prozent der Bevölkerung abgelehnt wird. Letztendlich geht es Präsident Chávez nur darum, mittels einer pauschalen Bewilligung der Verfas-

sungsartikel durch die Volksabstimmung, die von der Mehrheit der Bevölkerung unbeliebte unbegrenzte Wiederwahl durchzusetzen. Populistische Bestandteile der revidierten Verfassung, wie die Einführung der sechsstündigen Arbeitstage, sind nur Mittel zum Zweck zur Erreichung des Oberziels der unbegrenzten Wiederwahl.

Weitere Bestandteile der neuen Verfassung ist die Abschaffung der Unabhängigkeit der venezolanischen Zentralbank und des dadurch einhergehenden Verlustes der Transparenz und Glaubwürdigkeit der Wirtschaftsindikatoren des Landes, die Einführung von bis zu neun verschiedenen Eigentumsformen (öffentliches, gesellschaftliches, indirekt gesellschaftliches, direkt gesellschaftliches, kommunales, städtisches, kollektives, gemischtes und letztlich privates Eigentum) und die Möglichkeit der Konfiszierung von Eigentum, wenn „öffentliches oder soziales Interesse“ vorliegt.

### WIRTSCHAFTLICHE SITUATION

Nach Angaben des venezolanischen Planungsministeriums wuchs die venezolanische Wirtschaft im ersten Halbjahr 2007 um neun Prozent, der jährliche Exportwert je Familie erreichte 2006 mit knapp 20 Millionen Venezolanischen Bolivaren (VEB) fast den vierfachen Wert von 1998. Die Staatseinnahmen je Familie schossen ebenfalls in die Höhe und beliefen sich 2006 auf 26 Millionen VEB (1998: 8,7 Millionen VEB).

Das Problem liegt jedoch darin, dass die öffentliche Schulden im Zeitraum 1998-2006 um 521 Prozent stiegen, und dies bei stark steigenden Erdölpreisen. Die erhöhten Einnahmen decken schon lange nicht mehr die massiv angestiegenen Staatsschulden. Die Staatsausgaben haben einen künstlichen Wirtschafts-



boom erzeugt, der nicht nachhaltig sein kann. Erste Ansätze sind schon heute klar erkennbar: Die Devisenreserven verringerten sich zwischen Januar und August 2007 von 36,59 Milliarden US-Dollar auf 26,31 Milliarden US-Dollar. Im ersten Quartal 2007 verzeichnete man das bedeutendste Zahlungsbilanzdefizit der letzten zehn Jahre (es lag 51 Prozent über dem Defizit der Wechselkrisenzeit von Februar/März 2002).

## **MENSCHENRECHTE**

Die Situation der Menschenrechte verschlechtert sich weiterhin. Durch ein „Gesetz der Internationalen Kooperation“ soll die Arbeit der Zivilorganisationen eingeschränkt werden. Auch die Meinungsfreiheit ist bedroht: Bestes Beispiel ist der Entzug der Sendelizenz des privaten oppositionsnahen TV Senders RCTV. Ausländern, die sich kritisch gegenüber Hugo Chávez äußern, wird mit Deportation gedroht.

*Berlin, 31. August 2007*

*Olaf Jacob  
Länderreferent im Lateinamerika-Team  
der Konrad-Adenauer-Stiftung*